



Schleswig-Holstein
- Bücherel -

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 5

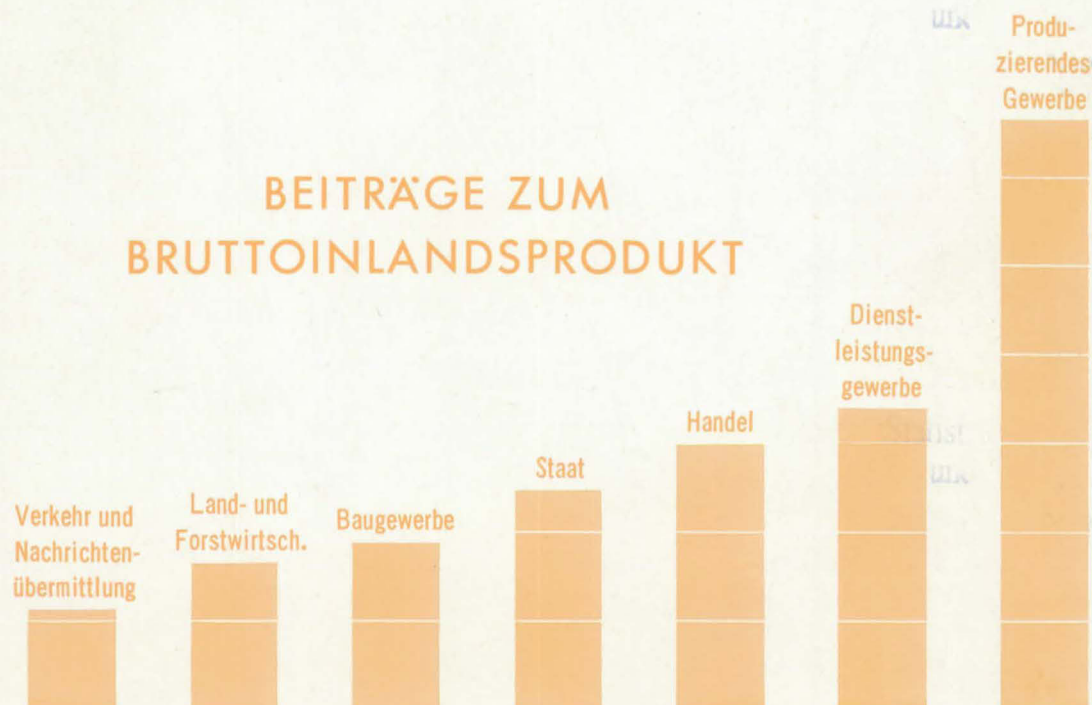
Mai 1973

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Aufsätze: Volkshochschulen
Betriebssysteme Landwirtschaft
Bundestagswahl 1972 (Teil 4)

Beilage: Erweiterte Kreiszahlen

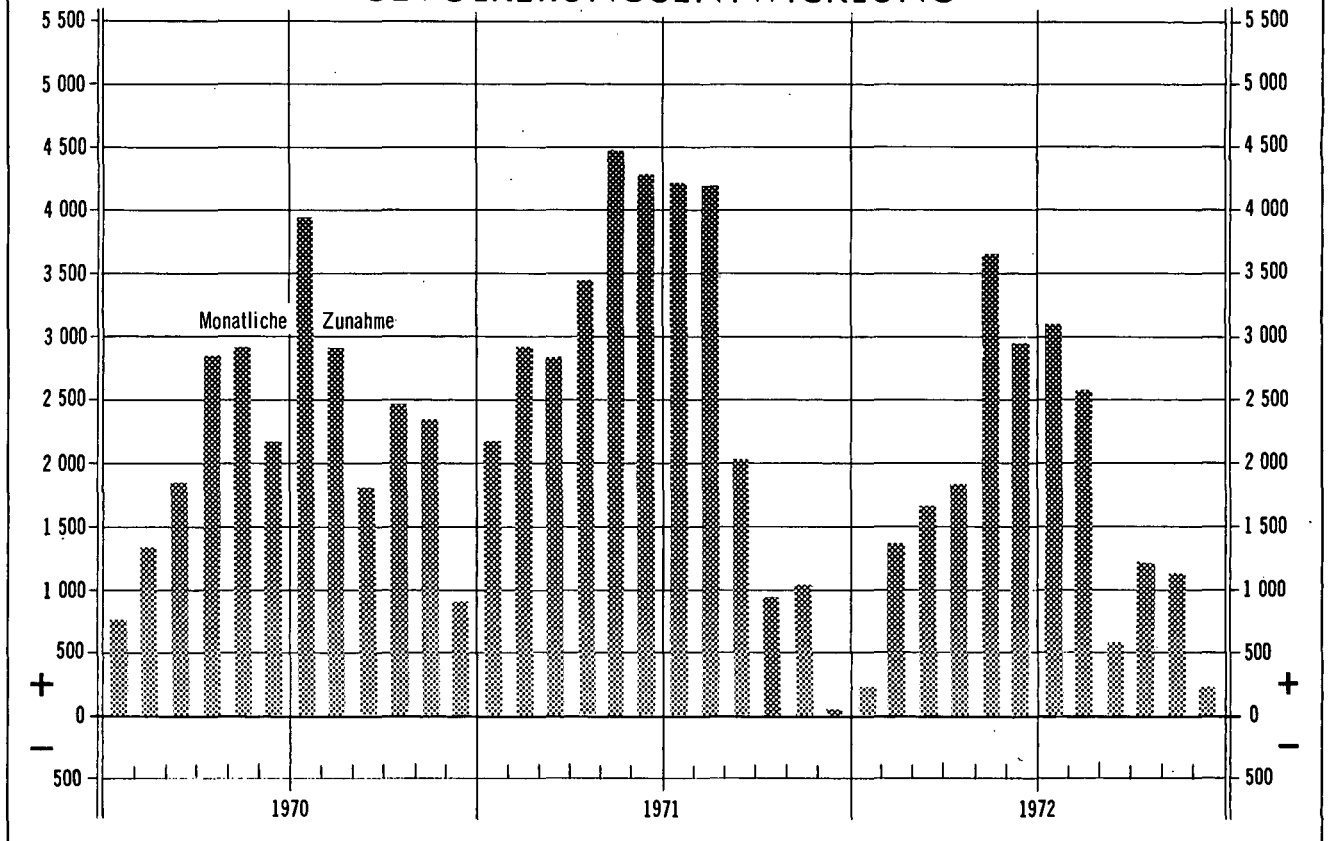
BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

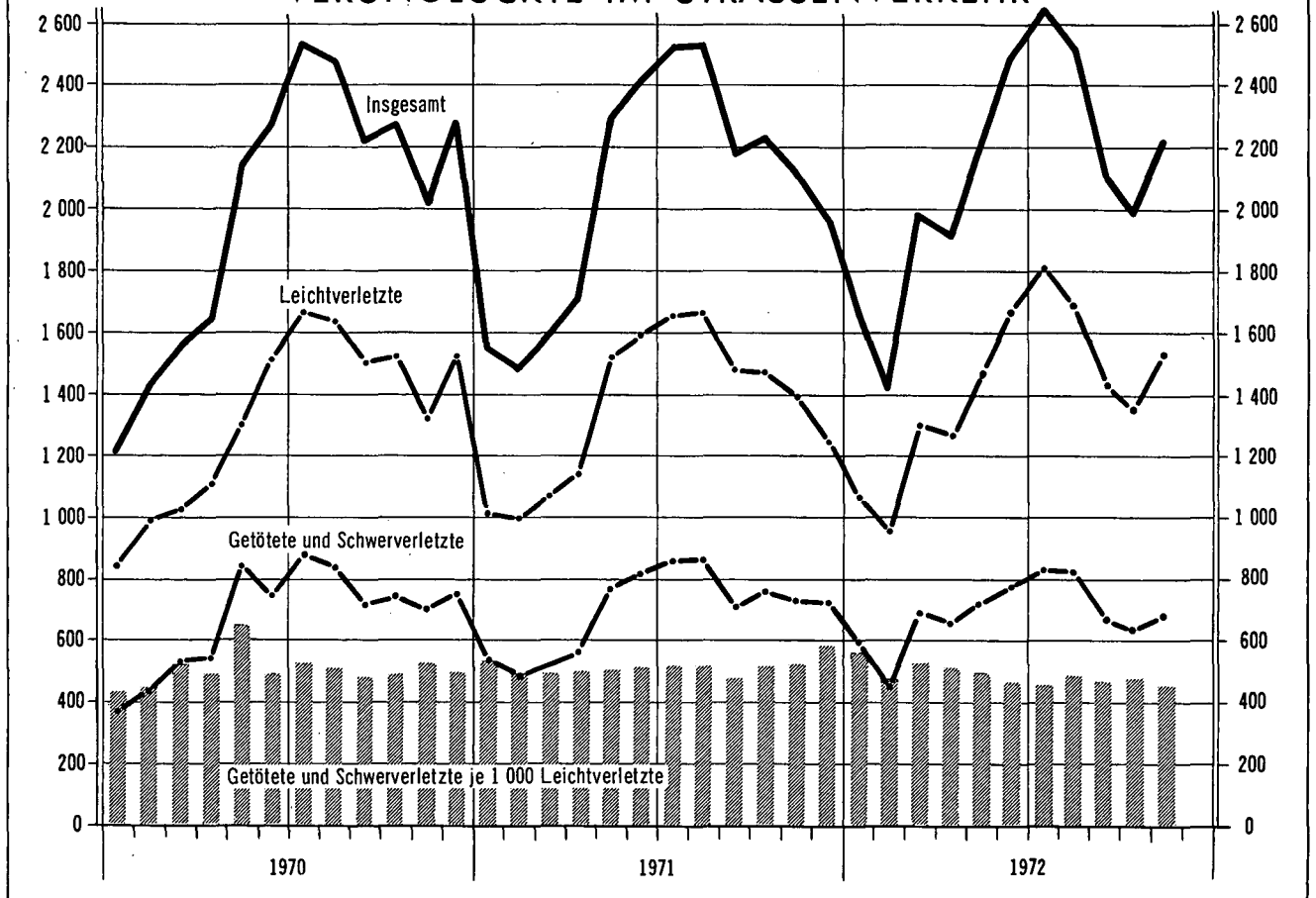
STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



D - 4331

VERUNGLÜCKTE IM STRASSENVERKEHR





STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

25. Jahrgang · Heft 5

Mai 1973

Aktuelle Auslese



Weniger Straßenverkehrstote seit Tempo 100

Nachdem im Oktober 1972 auf Straßen außerhalb geschlossener Ortschaften (ohne Autobahnen) eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf 100 km/h eingeführt wurde, ist in Schleswig-Holstein in der Zeit bis März 1973 trotz einer Zunahme der Straßenverkehrsunfälle die Zahl der tödlich verunglückten Personen stark zurückgegangen, während die Zahl der verletzten Personen nahezu unverändert blieb. Insgesamt ereigneten sich in den letzten sechs Monaten (Oktober 1972 bis März 1973) 8 365 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden. Das sind 4 % mehr gegenüber dem gleichen Zeitraum 1971/72. Dabei wurden 378 Personen getötet (- 18 %) und 10 914 Personen verletzt (- 0,0 %).



Mehr Gestorbene als Geborene

Für das Jahr 1972 wurden in Schleswig-Holstein erstmals seit 1945 mehr Gestorbene als Geborene registriert; die Standesämter beurkundeten 29 354 Geborene und 32 847 Gestorbene. Es starben danach 3 493 Personen mehr als geboren wurden. Für 1971 war bei 33 523 Geborenen und 31 951 Gestorbenen noch ein Geburtenüberschuß von 1 572 festgestellt worden.

Bezogen auf 1 000 Einwohner wurden 1972 11,5 Lebendgeborene und 12,8 Sterbefälle gezählt; 1971 lauteten die Werte 13,3 und 12,6.

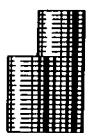
Von den Lebendgeborenen waren 1 457, das sind 5 %, Ausländer (1971: 3,7 %). Bei nur 174 Sterbefällen von Ausländern - in Schleswig-Holstein lebten 1972 rund 60 000 - ergibt sich für sie ein Geburtenüberschuß von 1 283. Demnach beträgt der Gestorbenenüberschuß innerhalb der deutschen Bevölkerung allein 4 776. Das bedeutet - Wanderungsgewinne unberücksichtigt - einen Rückgang der deutschen Bevölkerung um 2 %.



Schulden der Gemeinden um 15 % angestiegen

Der Schuldenstand der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände ist bis zum Jahresende 1972 auf 2,3 Milliarden DM angestiegen. Er erhöhte sich um 294 Mill. DM oder 14,8 %. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln, die drei Viertel der Schulden ausmachen, wuchsen um 17,3 % auf 1,7 Mrd. DM.

Die Schulden der kreisfreien Städte stiegen um 12,1 % auf 876 Mill. DM, die der kreisangehörigen Gemeinden um 14,4 % auf 1,2 Mrd. DM und die der Kreise um 34,6 % auf 167 Mill. DM.



165 wirtschaftliche Zusammenbrüche

Im Jahre 1972 wurden in Schleswig-Holstein 154 Konkurse (einschließlich Anschlußkonkurse) und 11 Vergleichsverfahren amtsgerichtlich registriert. Es sind dies 5 % mehr Insolvenzen als 1971 und außerdem die höchste Zahl seit 1957. Zur jüngsten Entwicklung trugen fast ausschließlich die Konkurse von Nichterwerbsunternehmen (natürliche Personen sowie Nachlaßverfahren) bei. Ihre Anzahl stieg um etwa ein Viertel auf 52 Fälle an, während die Konkurse der Erwerbsunternehmen um 6 % auf 102 Fälle abnahmen. Unter den letzten waren allein 26 Gesellschaften mbH. Die meisten wirtschaftlichen Zusammenbrüche ergaben sich mit 40 Konkursen und 3 Vergleichsverfahren im verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe), und zwar besonders in der Metallverarbeitung und in der Nahrungs- und Genußmittelverarbeitung. Die Gesamthöhe aller geltend gemachten Konkursforderungen (ohne unbekannte Fälle) belief sich im Jahre 1972 auf über 88 Mill. DM.

Die Arbeit der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein

Jeder Erwachsene wurde als junger Mensch durch Elternhaus und Umwelt geprägt. Sein Bildungsweg führte vom Kindergarten über die verschiedenen Stufen der allgemeinbildenden Schulen und der beruflichen Schulen bis zum Abschluß einer Berufsausbildung oder eines Hochschulstudiums. Mit dem Abschluß dieser Ausbildung bricht traditionsgemäß der Prozeß des organisierten Lernens ab. Dieser Schnitt liegt für den einzelnen, abhängig vom erreichten Ausbildungsgrad, zwischen dem Schulabgang nach erfüllter Schulpflicht und dem Abschluß einer Hochschulausbildung.

Der Wandel in Technik und Wissenschaft läßt Kenntnisse und Fähigkeiten immer schneller veralten. Nach Abschluß der ersten Bildungsphase ist daher Weiterbildung erforderlich. Für die Volkshochschulen ist das keine neue Erkenntnis. Sie haben als Einrichtung der Erwachsenenbildung auch in Schleswig-Holstein eine lange und bedeutungsvolle Geschichte¹. Ihr Bildungsangebot ist weit gestreut und umfaßt heute berufsbezogene, gesellschaftsbezogene, aber auch freizeitbezogene Stoffgebiete.

Seit über einem Jahrzehnt, nämlich seit 1961, stellt der Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. die Berichtsbogen der einzelnen Volkshochschulen jährlich zusammen und wertet sie aus. Es gelang bisher allerdings noch nicht, Angaben von allen Volkshochschulen Schleswig-Holsteins zu erhalten; dennoch geben die vorliegenden Ergebnisse einen repräsentativen Überblick über die steigende Bedeutung der Erwachsenenbildung in Form einer modernen Volkshochschularbeit.

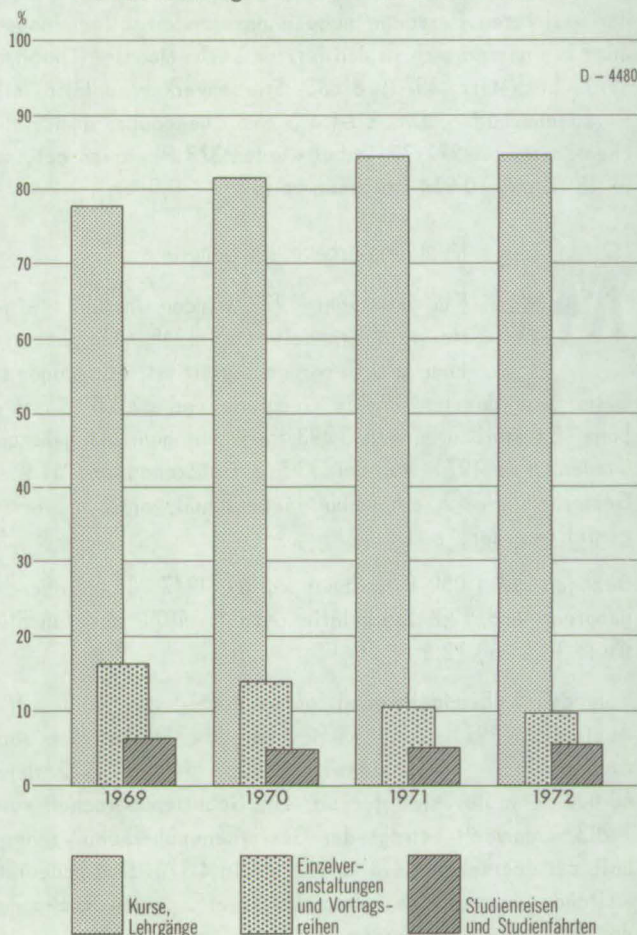
Im Jahre 1972 haben 146 Volkshochschulen über ihre Arbeit berichtet. Dabei hat sich gezeigt, daß 67 Volkshochschulen in Semestern und 44 in Trimestern arbeiten. 35 Volkshochschulen hatten die Frage nach den Arbeitsabschnitten nicht beantwortet. Aufschlußreicher als die Zahl der Arbeitsabschnitte ist jedoch die Angabe über die Dauer des Bildungsangebots im Laufe eines Jahres. Es liegt bei den 127 Volkshochschulen, die diese Frage beantwortet haben, zwischen 12 und über 40 Wochen. Das bedeutet, daß ein Teil der Volkshochschulen kontinuierlich arbeitet und daß ein anderer Teil nur wenige Monate im Jahr Weiterbildung vermittelt.

Eine brauchbare Maßeinheit, um das quantitative Arbeitsergebnis für alle Veranstal-

tungsformen der Volkshochschulen einheitlich zu messen, ist die Belegungs-doppelstunde. Sie ergibt sich bei Kursen und Lehrgängen als Produkt der Zahl der Belegungen mal Zahl der durchgeführten Doppelstunden; bei Vortragsreihen und Einzelveranstaltungen wird einfach die Zahl der Besucher gezählt, bei Studienreisen werden je Tag und Teilnehmer drei und bei Studienfahrten zwei Belegungs-doppelstunden angerechnet. 1972 wurden in Schleswig-Holstein nahezu 2,1 Millionen Belegungs-doppelstunden von den berichtenden Volkshochschulen nachgewiesen, das sind fast 14% mehr als 1971.

Von der Gesamtzahl der Belegungs-doppelstunden entfielen 1972 über 1,7 Millionen auf Kurse und Lehrgänge einschließlich Arbeitskreise, Arbeitsgemeinschaften, Wochenend- und Tagesseminare. Damit haben diese arbeits- und lernintensiven Veranstaltungen ein erhebliches Übergewicht gegenüber allen anderen Veranstaltungen. Außerdem hat sich der seit Jahren zu beobachtende Trend zu Gunsten dieser Veranstaltungsform weiterhin fortgesetzt. Ihr Anteil ist von knapp 78%

Die Veranstaltungen der Volkshochschulen 1969-72



¹) siehe dazu: Axel Henningsen "Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein", Neumünster 1962, und Fritz Laack "Otto Monsheimers Wirken in Schleswig-Holstein", Sonderdruck aus der Festschrift "Otto Monsheimer zum 13. Dezember 1957"

(1969) auf fast 85% (1972) aller Belegungs-
doppelstunden gestiegen.

Veranstaltungsform	Belegungs-doppelstunden im Berichtsjahr				
	1969	1970	1971	1972	Mill.
	%				
Kurse, Lehrgänge	77,8	81,5	84,5	84,7	1,75
Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen	16,2	13,8	10,5	9,8	0,20
Studienreisen und Studienfahrten	6,0	4,8	5,0	5,5	0,11
Alle Veranstaltungsformen	100	100	100	100	2,06

Von den 146 Volkshochschulen, für die Angaben vorliegen, sind 1972 rund 8 600 Kurse und Lehrgänge durchgeführt worden. Sie dauerten durchschnittlich 12 Doppelstunden. Die Zahl der Belegungen² belief sich auf 140 800 Teilnehmer. Das bedeutet im Schnitt 16 Teilnehmer je Kursus oder Lehrgang. 1972 waren von den Teilnehmern 37% unter 25 Jahre, 54% zwischen 25 und 50 Jahre und 9% über 50 Jahre alt. Ein Blick auf die vorhergehenden Berichtsjahre zeigt, daß der Anteil der jungen Teilnehmer rückläufig ist. Der Anteil der unter 25jährigen hat 1971 im Landesdurchschnitt 41% betragen, 1970 waren es 42%, 1969 43% und 1968 47%. Mitte der 60er Jahre ist die Hälfte der Teilnehmer jünger als 25 Jahre gewesen. Weiterhin fällt auf, daß der Anteil der Frauen an den Kursus- und Lehrgangsteilnehmern immer größer wird. Er ist inzwischen auf 67% geklettert. Vor fünf Jahren, nämlich 1968, lag dieser Anteil bei 62%. Die Motive, die hinter diesen Strukturveränderungen stecken - der rückläufige Anteil der jüngeren Teilnehmer und der steigende Anteil der Frauen -, werden vermutlich vielfältig sein. Das vorliegende Untersuchungsmaterial reicht aber nicht aus, um sie im einzelnen aufzuzeigen.

Die Kurse und Lehrgänge wurden 1972 von knapp 3 000 nebenberuflichen Mitarbeitern geleitet, davon waren über die Hälfte (58%) Lehrer. Das Bildungsangebot war reichhaltig und umfaßte eine Fülle von Gegenständen. Diese sind in 12 Stoffgebiete eingeteilt. Dabei zeichnen sich Schwerpunkte und Entwicklungstendenzen ab.

An der Spitze der nachgefragten Stoffgebiete standen 1972 - wie bereits 1970 und 1971 - die Fremdsprachen. Sie machten fast ein Viertel der Belegungs-doppelstunden aller Kurse und Lehrgänge aus. Besonderes Interesse wurde vor allem den Englisch-Kursen entgegengebracht.

2) Hierbei handelt es sich um eine Follzählung: jeder Teilnehmer wird bei jedem belegten Kursus einmal gezählt

	Belegungs-doppelstunden ¹		
	1972		Veränderung gegenüber 1971 in %
	Anzahl	%	
Englisch	220 192	52,6	+ 21
Französisch	86 662	20,7	+ 9
Italienisch	14 560	3,5	+ 46
Russisch	15 596	3,7	- 1
Spanisch	23 947	5,7	+ 28
Deutsch als Fremdsprache	19 450	4,6	- 5
Andere Fremdsprachen	38 266	9,1	+ 5
Fremdsprachen insgesamt	418 673	100	+ 15

Die höchsten Zuwachsraten hatten 1972 neben Englisch die Sprachen der Touristikländer Italien und Spanien. Ferner hat sich durch die steigende Zahl von ausländischen Arbeitnehmern in Schleswig-Holstein die Zahl der Belegungs-doppelstunden bei Deutsch als Fremdsprache - bei einem leichten Rückgang 1972 gegenüber 1971 - seit 1970 mehr als verdoppelt (1972 gegenüber 1970: + 112%).

Stoffgebiet der Kurse und Lehrgänge	Belegungs-doppelstunden ¹			
	1972		Veränderung gegenüber 1971	
	Anzahl	%		
Gesellschaft und Politik	71 907	-	952	- 1,3
Erziehung, Psychologie, Philosophie	39 965	+	6 843	+ 20,7
Kunst, Literatur, Musik	45 660	+	1 452	+ 3,3
Länder- und Heimatkunde, Naturkunde	16 946	-	2 622	- 13,4
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	164 105	+	34 656	+ 26,8
Verwaltung und kaufmännische Praxis	228 974	-	38 084	- 14,3
Fremdsprachen	418 673	+	55 450	+ 15,3
Deutsch für Deutsche	49 580	+	9 506	+ 23,7
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	126 840	+	37 345	+ 41,7
Manuelles und musikalisches Arbeiten	281 964	+	73 934	+ 35,5
Hauswirtschaft	79 022	+	3 033	+ 4,0
Gesundheits- und Körperpflege	177 019	+	26 083	+ 17,3
Sonderprogramme	43 812	+	15 656	+ 55,6
Sonstiges	2 968	-	8 015	- 73,0
Stoffgebiete insgesamt	1 747 435	+	214 285	+ 14,0

1) 1971 nach den Angaben von 147 und 1972 nach den Angaben von 146 Volkshochschulen

Gern werden auch die Kurse für manuelles und musikalisches Arbeiten in Anspruch genommen. Sie umfassen unter anderem Werken, plastisches Gestalten und Malen, Musizieren und Singen, Sprechen und Laienspiel. Dieses freizeitbezogene Stoffgebiet lag 1972 mit gut 16% der Belegungs-doppelstunden an zweiter Stelle nach den Fremdsprachen. Die Zahl der Belegungs-doppelstunden für manuelles und musikalisches Arbeiten hat 1972 fast 282 000 Stunden betragen, 74 000 Stunden (+ 36%) mehr als 1971.

Die früher sehr gefragten Kurse für Verwaltung und kaufmännische Praxis (zum Beispiel Stenografie, Maschineschreiben, Buchführung) hatten zwar auch noch 1972 mit 13% der Belegungs-doppelstunden aller Kurse und Lehrgänge ein recht großes Gewicht. Dieses Stoffgebiet verliert aber - vermutlich als Folge der technischen und elektronischen Weiterentwicklung in der Büropraxis - zunehmend an Bedeutung. Die Zahl der Belegungs-doppelstunden liegt aber immer noch weit über 200 000 Stunden im Jahr: 1971 waren es 267 000 Stunden und 1972 knapp 229 000 Stunden.

Das Angebot im Freizeitbereich als Kompensation der Anforderungen durch die Arbeitswelt wird immer stärker in Anspruch genommen. Zu den freizeitbezogenen Bereichen gehört auch das Stoffgebiet Gesundheits- und Körperpflege, das 1971 und 1972 ein Zehntel der Belegungs-doppelstunden umfaßte, und zwar

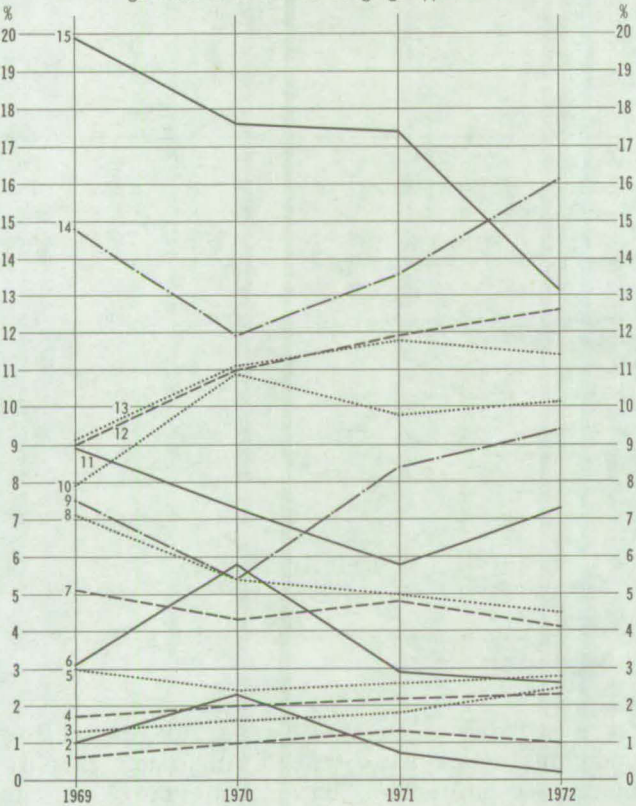
1971 fast 151 000 Stunden und 1972 rund 177 000 Stunden. Da es in diesem Bereich Kurse für Gesundheitsfragen, Krankenpflege, Gymnastik, Sport und Kosmetik gibt, ist der Anteil der Frauen erwartungsgemäß überdurchschnittlich hoch. 1972 betrug ihr Anteil 78% aller Belegungen.

Sinkendes Interesse wird der Hauswirtschaft entgegengebracht. Der Anteil dieses Stoffgebiets an den Belegungs-doppelstunden ging von 7,1% (1969) auf 4,5% (1972) zurück. Koch- und Schneiderkurse sind bei den Frauen (1972: 96% aller Belegungen) offensichtlich nur noch wenig gefragt. Vielleicht regt eine stärkere Verlagerung des Angebots auf Verbraucheraufklärung die Nachfrage auf diesem Gebiet wieder an.

Sinkt auch das Interesse an politischer Bildung in Schleswig-Holstein immer weiter ab? Der Rückgang der Belegungs-doppelstunden von 5,1% (1969) auf 4,1% (1972) im Stoffgebiet Gesellschaft und Politik scheint diese Frage zu bejahen. Hier stehen die Volkshochschulen vermutlich in harter Konkurrenz mit den Massenmedien, die schneller, aktueller und kompetenter informieren können. Mehr Kurse und Lehrgänge über kommunal- und landespolitische Fragen, die den Bürger unmittelbar betreffen, könnten in diesem Bereich vielleicht belebend wirken.

Hinter der knappen Formulierung "Vorbereitung auf Schulabschlüsse" verbirgt sich ein Stoffgebiet, das besonders intensive Mitarbeit von den Kursusteilnehmern erfordert. Ihr Ziel ist zum Beispiel der Hauptschulabschluß, der Realschulabschluß, die Erlangung der Zugangsberechtigung für den Besuch einer Fachschule oder für ein Hochschulstudium. 1972 bemühten sich über 1 200 Teilnehmer in 126 800 Belegungs-doppelstunden, einem solchen Ziel näher zu kommen.

Die Anteile der Stoffgebiete in der Volkshochschularbeit
gemessen an der Zahl der Belegungs-doppelstunden



- 1 Länder- und Heimatkunde, Naturkunde

2 Sonstiges

3 Sonderprogramme

4 Erziehung, Psychologie, Philosophie

5 Deutsch für Deutsche

6 Kunst, Literatur, Musik

7 Gesellschaft und Politik

8 Hauswirtschaft

9 Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie

10 Gesundheits- und Körperpflege

11 Vorbereitung auf Schulabschlüsse

12 Englisch

13 Übrige Fremdsprachen

14 Manuelles und musikalisches Arbeiten

15 Verwaltung und kaufmännische Praxis

D - 4481

Stoffgebiet der Kurse und Lehrgänge	Belegungs-doppelstunden			
	1969	1970	1971	1972
	Anteil in %			
Gesellschaft und Politik	5,1	4,3	4,8	4,1
Erziehung, Psychologie, Philosophie	1,7	2,0	2,2	2,3
Kunst, Literatur, Musik	3,1	5,8	2,9	2,6
Länder- und Heimatkunde, Naturkunde	0,6	1,0	1,3	1,0
Mathematik, Naturwissenschaften, Technologie	7,5	5,4	8,4	9,4
Verwaltung und kaufmännische Praxis	19,9	17,6	17,4	13,1
Fremdsprachen	18,1	22,1	23,7	24,0
Deutsch für Deutsche	3,0	2,4	2,6	2,8
Vorbereitung auf Schulabschlüsse	8,9	7,3	5,8	7,3
Manuelles und musikalisches Arbeiten	14,8	11,9	13,6	16,1
Hauswirtschaft	7,1	5,4	5,0	4,5
Gesundheits- und Körperpflege	7,9	10,9	9,8	10,1
Sonderprogramme	1,3	1,6	1,8	2,5
Sonstiges	1,0	2,3	0,7	0,2
Stoffgebiete insgesamt	100	100	100	100

Am Rande sei vermerkt, daß 1972 der Anteil der Männer an den Belegungen nur in drei Stoffgebieten mit relativ wenig Belegungs-doppelstunden höher war als der der Frauen: Gesellschaft und Politik (60% Männer), Deutsch für Ausländer (57% Männer) und Vorbereitung auf Schulabschlüsse (74% Männer).

Neben den Kursen und Lehrgängen gibt es Einzelveranstaltungen und Vortragsreihen. Auf diese Veranstaltungsform entfiel 1972 knapp ein Zehntel der Belegungs-doppelstunden aller Veranstaltungsformen. Während sich der Trend zu den lernintensiven und zeit-aufwendigen Bildungsangeboten verstärkt hat, zeigt sich bei den überwiegend einmaligen Veranstaltungen eine rückläufige Tendenz. Ihr Anteil an den Belegungs-doppelstunden rutschte in vier Jahren von 16,2% (1969) auf 9,8% (1972). Von den 146 Volkshochschulen, die berichtet haben, sind 1972 insgesamt fast 3 000 Veranstaltungsabende angeboten worden. Sie hatten 203 200 Besucher. Damit kamen durchschnittlich 68 Besucher je Abend. Der Veranstaltungsquerschnitt war groß und umfaßte viele Themenkreise. Die höchsten Besucherzahlen hatten die Veranstaltungen aus den folgenden drei Stoffgebieten: Kunst (21%), Länder- und Heimatkunde, Naturkunde (13%), Gesellschaft und Politik (11%).

Die Volkshochschulen Schleswig-Holsteins veranstalten auch Studienreisen und Studien-fahrten. 1972 wurde über 85 Studienreisen berichtet; davon waren 33 Inlands- und 52 Auslandsreisen. An den Reisen beteiligten sich 2 673 Reiselustige. Sie waren insgesamt 748 Tage unterwegs. Das heißt, daß jede Reise im Schnitt neun Tage gedauert hat, und zwar die Inlandsreisen durchschnittlich fünf Tage und die Auslandsreisen elf Tage. Daneben gab es noch 281 Studienfahrten, das sind eintägige Ausflüge und Exkursionen ohne Übernachtung. Sie hatten 11 400 Teilnehmer. In welche Richtung sich die Zahl der Studienreisen und Studienfahrten sowie die Teilnehmerzahl im vergangenen Jahr-fünft entwickelt haben, läßt sich nicht exakt angeben. Bei diesem Vergleich stört der leicht wechselnde und zahlenmäßig unter-schiedliche Kreis der berichtenden Volks-hochschulen in den einzelnen Jahren. Gegen-über 1971 ist die Entwicklung jedoch positiv verlaufen: von 147 Volkshochschulen waren insgesamt 78 Studienreisen mit 2 694 Teil-nehmern gemeldet worden, davon 30 mit einem inländischen und 48 mit einem aus-ländischen Reiseziel. An 208 Studienfahrten hatten 8 655 Interessenten teilgenommen.

Wie weit gefächert das Bildungsangebot der Volkshochschulen ist, läßt sich auch daran erkennen, daß seit 1970 im Berichts-bogen

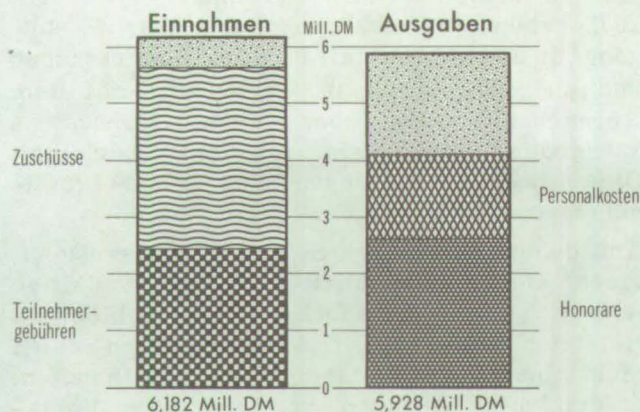
zusätzlich nach Veranstaltungen gefragt wird, die im Medienverbund durchgeführt wurden. 1972 haben die Volkshochschulen über 2 Lehr-gänge in Verbindung mit Fernlehreinrichtungen und über 10 Kurse in Verbindung mit dem Fernsehen sowie über einen Kursus in Verbindung mit dem Rundfunk berichtet. Diese 13 Veranstaltungen sind von 241 Teil-nehmern belegt worden.

Auf den vorstehenden Seiten wurde versucht, einen kleinen Überblick über die vielfältige Arbeit der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins zu geben. Es konnte sich dabei nicht um eine vollständige Statistik handeln; dafür fehlen Angaben von einzelnen Volks-hochschulen und ausführliche Aussagen über einige Veranstaltungsformen. Ferner beziehen sich die Aussagen lediglich auf die Quantität und nicht auf die Qualität des Bildungs-angebots. Dieser statistische Überblick dürfte dennoch ausgereicht haben, um zu erkennen, welche steigende Bedeutung den Volkshochschulen als Einrichtung der Erwachsenen-bildung heute und zukünftig im Rahmen des modernen Weiterbildungskonzepts zukommt. Daß diese Leistungen Geld kosten, ist selbst-verständlich. Im folgenden soll daher versucht werden, einen Einblick in die finanziellen Verhältnisse der Volkshochschulen zu geben.

Das Finanzvolumen der Volkshochschulen in Schleswig-Holstein belief sich 1972 auf beinahe 6,2 Mill. DM. Das ist 1 Mill. DM mehr als 1971. Diese Globalzahlen sagen jedoch nur wenig über die finanziellen Aktivitäten aus; interessanter sind die einzelnen Ein-nahme- und Ausgabearten. So setzten sich

	1972		Ver- änderung gegenüber 1971 in %
	in 1 000 DM	%	
Einnahmen insgesamt	6 182	100	+ 19
davon			
Zuschüsse	3 201	52	+ 5
Gemeinden	1 939	31	+ 4
Kreise	473	8	+ 5
Land	538	9	+ 9
Bund und andere Stellen	252	4	+ 8
Einnahmen	2 981	48	+ 39
Teilnehmergebühren	2 427	39	+ 47
Andere Einnahmen	555	9	+ 13
Ausgaben insgesamt	5 928	100	+ 20
davon			
Personalkosten			
für hauptamtliche Mitarbeiter	1 487	25	+ 60
Honorare und Reisekosten			
für Kursleiter und Referenten	2 611	44	+ 11
Werbung	338	6	+ 6
Kosten für Gebäude, Räume usw.	305	5	+ 6
Mitarbeiterfortbildung	20	0	- 20
Lehr- und Lernmittel	226	4	+ 13
Andere Ausgaben	940	16	+ 11

Die Finanzen der Volkshochschulen 1972



1972 die Einnahmen in Höhe von 6,2 Mill. DM im wesentlichen aus zwei Posten zusammen, und zwar aus den Zuschüssen mit 3,2 Mill. DM und aus den Teilnehmergebühren mit 2,4 Mill. DM. Der größte Teil der Zuschüsse, nämlich über sechs Zehntel, kam von den Gemeinden. Die Struktur der Einnahmen hat sich im Laufe der letzten Jahre zu Gunsten der Teilnehmergebühren verschoben. Das Verhältnis von Zuschüssen zu Teilnehmergebühren, das 1970 noch 60 : 40 betragen hat, wies 1972 eine Relation von 52 : 48 auf. Das heißt: Der Anteil der öffentlichen Mittel ist zurückgegangen, und der Anteil der Finanzierung durch die Teilnehmer hat zugenommen. Diese Entwicklung läßt sich noch besser an folgenden Indexzahlen mit der Basis 1970 = 100 ablesen:

	1971	1972
Einnahmen insgesamt	129	154
darunter Zuschüsse	127	134
Teilnehmergebühren	128	189
Belegungsdoublestunden	121	138

Die vorstehenden Zahlen zeigen außerdem, daß die Gesamtfinanzierung gemessen an den Einnahmen von 1970 bis 1972 - infolge der allgemeinen Kostensteigerungen - um 16 Punkte stärker gestiegen ist als die an den Belegungsdoublestunden gemessenen Leistungen der Volkshochschulen.

Auf der Ausgabenseite fallen die Personalausgaben, das sind die Gehälter und Sozialabgaben für hauptberufliche Mitarbeiter und Verwaltungsangestellte, besonders ins Gewicht. Sie machten 1972 ein Viertel der Gesamtausgaben von 5,9 Mill. DM aus. Noch schwerer wiegen die Honorare und Reisekosten für Kursleiter und Referenten. Hierfür mußten 2,6 Mill. DM, das sind 44% aller Mittel, eingesetzt werden. Die Aufwendungen an Honoraren und Reisekosten sind damit im Schnitt von 1,13 DM (1970) um 12% auf 1,27 DM (1972) je Belegungsdoublestunde gestiegen. Während aber die Ausgaben für hauptamtliche Mitarbeiter gegenüber 1971 um 60% zugenommen haben, mußten sich die nebenberuflichen Mitarbeiter mit einer Zunahme ihrer Honorare und Reisekosten um nur 11% begnügen. Eine weitere Auffächerung der Ausgabearten zeigt, daß 1972 im Landesdurchschnitt nur 0,3% der Ausgaben für die Mitarbeiterfortbildung, das heißt, für die qualitative Verbesserung des Bildungsangebots, und 4% für Lehr- und Lernmittel ausgegeben worden sind. Die Ausgaben für Mitarbeiterfortbildung wurden zudem gegenüber 1971 um nahezu 20% gekürzt. Die Finanzierung zeigt also, daß in den Volkshochschulen Schleswig-Holsteins mit knappen Mitteln große Leistungen - als Maßeinheit wurden die Belegungsdoublestunden eingesetzt - erreicht worden sind.

Lieselotte Korschey / Dr. Rolf Pröpper

Die Ermittlung der Produktionsrichtung und des Betriebseinkommens der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe

In den Jahren 1969 bis 1971 hat eine beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gebildete Arbeitsgruppe aus Vertretern der Wissenschaft, der Beratung und der Statistik eine neue Systematik der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe entwickelt. Ein Mitglied dieser Arbeitsgruppe hat Ziele, Grundlagen und Aufbau der Systematik in den "Berichten über Landwirtschaft" 1971, Band 49, Seiten 313 bis 337 beschrieben. Dort ist dargelegt, welche Wege beschritten wurden und warum das geschah. Der folgende Beitrag soll dem an den Aussagen der Systematik interessierten Leser deren Ziele und Aufbau sowie gewisse Zusammenhänge erläutern, die zum Verständnis der Ergebnisse nützlich sind.

1. Allgemeine Ziele und Grundsätze des Verfahrens

In dem Begriff "land- und forstwirtschaftliche Betriebe" sind außerordentlich unterschiedliche Erscheinungsformen zusammengefaßt. Wer Näheres über diese Betriebe erfahren will, muß sie daher sinnvoll gruppieren. Das bekannteste Gliederungsmerkmal hierzu ist die Flächengröße. Sie ist relativ einfach zu erfassen und gibt für den Normalfall grobe Hinweise auf den Produktionsumfang. Um auch etwas über die Art der Produktion aussagen zu können, haben verschiedene Autoren Bodennutzungssysteme entwickelt, in die sich die Betriebe entsprechend ihrer unterschiedlichen Bodennutzung einordnen lassen. Auch hierbei handelt es sich um eine grobe Aussage, denn Art und Umfang der in den meisten Betrieben vorkommenden Viehbestände werden dabei nur mittelbar oder überhaupt nicht berücksichtigt.

Der gegenwärtige Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung erfordert feinere Instrumente für die Wirtschaftsbeobachtung als es die beiden genannten Gliederungsmerkmale sind. Einmal gilt es, deutlicher als bisher zu erkennen, was für Betriebsformen in welchen Umfängen vorkommen und wie sich diese Formen im wirtschaftlichen Erfolg voneinander unterscheiden. Zum anderen muß die ökonomische Größe der Betriebe besser zum Ausdruck gebracht werden, um im Zusammenhang mit den Tätigkeitsnachweisen der Bewirtschafter bessere Einblicke in die Existenzgrundlagen der Betriebsinhaber zu ermöglichen.

Auf der Suche nach hierfür geeigneten Kennwerten hat sich der jährliche land- und forstwirtschaftliche Produktionswert eines Betriebes als geeigneter Ansatzpunkt zur Lösung beider Probleme herausgestellt. Seine Zusammensetzung aus den verschiedenen Betriebszweigen kann etwas über die Produktionsrichtung und seine absolute Höhe etwas über den Produktionsumfang des Betriebes aussagen. Wichtig ist jedoch, wie dieser Wert definiert ist.

Werden die im Laufe eines Jahres in einem Betrieb erzeugten Gütermengen mit den Erzeugerpreisen des gleichen Jahres bewertet, so ergibt sich der Bruttowert der Produktion. Werden hiervon die Sach- und Allgemeinkosten abgezogen, so entsteht ein Nettoproduktionswert, der das Arbeits- und Kapitaleinkommen aus diesem Betrieb darstellt und allgemein als "Betriebseinkommen" bezeichnet wird. Der Unternehmer muß hieraus seine Arbeitskräfte entlohnen, sein Anlagekapital verzinsen und gegebenenfalls Pachten zahlen sowie die Nettoinvestitionen tätigen. Dieser Wert entspricht, soweit ein Vergleich überhaupt möglich ist, der "Wertschöpfung" in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Es ist daher leicht einzusehen, daß dieses "Betriebseinkommen" eine sozial-ökonomisch sehr sinnvolle Größe ist und daß auch die Kenntnis seiner Zusammensetzung aus den Beiträgen der verschiedenen Betriebszweige die Produktionsstruktur eines Betriebes aufzeigen würde. Leider treten dabei aber technische Schwierigkeiten auf. Soll nämlich die Zusammensetzung des Betriebseinkommens aus den Beiträgen der vorhandenen Betriebszweige ermittelt werden - wie das für den Bruttoproduktionswert möglich ist - so müßte man auch die Kosten vom Bruttowert betriebszweigspezifisch abziehen, und eben das ist bei dem Verbundcharakter der landwirtschaftlichen Produktion nur bis zu einem gewissen Grade möglich.

Zur Lösung der beiden oben geschilderten Aufgaben wird aus diesem Grunde unterschiedlich vorgegangen: als sozial-ökonomische Kenngröße wird das Betriebseinkommen ermittelt, das sich wie gesagt durch Abzug der gesamten Sachkosten und Allgemeinkosten vom Bruttoproduktionswert ergibt.

Zur Kennzeichnung der Produktionsrichtung wird dagegen von der Zusammensetzung eines Wertes ausgegangen, der sich durch

Ableitung des Betriebseinkommens am Beispiel eines Betriebes mit 3 Betriebszweigen

Skizze 1

Bruttoproduktionswert

Betriebszweig A
Betriebszweig B
Betriebszweig C

Sachkosten

variable Spezialkosten + feste Spezialkosten + Allgemeinkosten
--

Netto-
produktionswert

Betriebseinkommen

Abzug nur derjenigen Sachkosten (variable Spezialkosten) vom Bruttoproduktionswert ergibt, die sich den einzelnen Betriebszweigen zweifelsfrei zuordnen lassen. Dieser Wert wird in der Literatur als "Deckungsbeitrag" bezeichnet (weil er derjenige Teil des Bruttoproduktionswertes eines Betriebszweiges ist, der zur Abdeckung der festen Kosten und der Allgemeinkosten des Betriebes zur Verfügung steht). Er läßt sich für die einzelnen Betriebszweige ermitteln und wird zu einem Gesamtwert für den Betrieb aufaddiert. Die Anteile der einzelnen Betriebszweige an diesem Gesamtwert sind die gesuchten Kennziffern zur Ermittlung der Produktionsrichtung. Später wird mit diesen Kennziffern in einem Klassifizierungsschema die Produktionsrichtung bezeichnet (Klassifizierung). Skizze 2 zeigt schematisch die Zusammenhänge.

Im unteren Teil der Skizze 2 wird ersichtlich, daß man durch Abzug der festen Spezialkosten und Allgemeinkosten vom Gesamtdeckungsbeitrag ebenfalls zum Betriebseinkommen gelangen kann, welches dem der Skizze 1 entspricht. Da für die praktische Arbeit sowohl Bruttowerte als auch Kosten

in bestimmter Weise geschätzt oder kalkuliert werden müssen, wird auch zur Ermittlung des Betriebseinkommens tatsächlich nach Skizze 2 vorgegangen.

2. Die Datengewinnung

Bei einer Erhebung sind die Betriebseinkommen, Deckungsbeiträge und selbst die Bruttoproduktionswerte im allgemeinen nicht erfragbar, da sie nur aus Buchführungsunterlagen entnommen werden können und den Betriebsinhabern nicht gegenwärtig sind. Buchführungsunterlagen liegen auch heute nur für einen Teil der Betriebe vor. Dagegen ist es gerade ein Hauptziel der angestrebten Systematik, die Gesamtheit der Betriebe identisch mit den Buchführungsbetrieben zu gliedern, um die für letztere möglichen vertieften Informationen richtig gewichtet auf die Gesamtheit der Betriebe übertragen zu können. Gerade hierfür dürfte jedoch ein standardisierter Wert sogar besser geeignet sein als ein von vielen Zufällen und betrieblichen Besonderheiten beeinflusster tatsächlicher Wert. Somit erwies es sich als zweckmäßig, die gesuchten Deckungsbeitrags- und Einkommenswerte anhand von Normzahlen und greifbaren Regionaldaten zu schätzen, wobei die Schätzwerte innerhalb bestimmter Regionen möglichst weitgehend den durchschnittlichen tatsächlichen Werten entsprechen sollten.

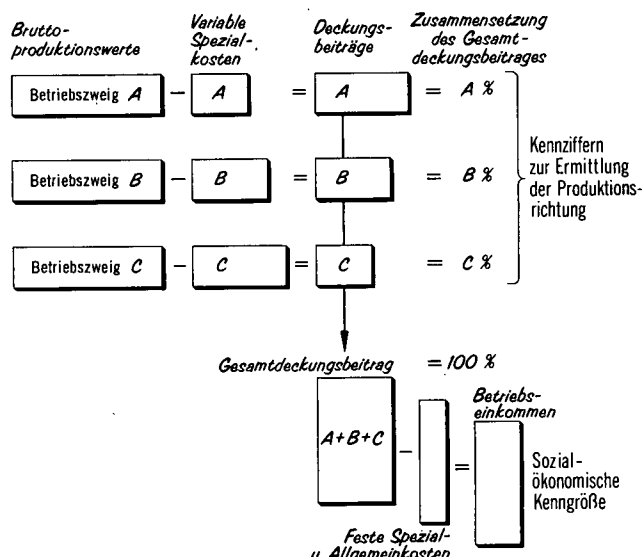
2.1 Die Schätzung der Deckungsbeiträge

Die Deckungsbeiträge der Zweige eines Betriebes lassen sich schätzen, indem die vorhandenen Anbauflächen und Viehbestände mit durchschnittlich erzielbaren Deckungsbeiträgen je Einheit (je ha oder Tier) multipliziert werden. Die Anbauflächen und Viehbestände sind aus den Betriebsbogen zur Landwirtschaftszählung bekannt, zu suchen sind also lediglich durchschnittliche Deckungsbeiträge je Einheit. Es liegt nahe, sie als Mittelwerte für bestimmte Regionen - zum Beispiel Kreise - aus Buchführungsunterlagen zu entnehmen. Leider reicht das vorhandene Material hierfür nicht aus. Aus der amtlichen Agrarstatistik sind aber die durchschnittlichen Naturalerträge (zum Beispiel dz Weizen je ha oder kg Milch je Kuh) sowie die durchschnittlichen Erzeugerpreise für die Kreise oder andere größere Gebietseinheiten bekannt. Mit diesen lassen sich durchschnittliche Bruttoproduktionswerte je ha oder je Tier für die Kreise errechnen. Durch Abzug allgemein kalkulierter variabler Spezialkosten je Einheit lassen sich daraus regionalspezifische Deckungsbeiträge je Einheit ableiten.

D - 4476

Ableitung von Kennziffern zur Bestimmung der Produktionsrichtung

Skizze 2



Ein solches Vorgehen ist jedoch sehr arbeitsaufwendig, weil die Deckungsbeiträge sämtlicher Frucht- und Tierarten für alle Kreise des Bundesgebietes einzeln abgeleitet werden müssen. Da hieran viele Bearbeiter beteiligt werden müßten, hätte es leicht zu Unterschieden zwischen den Regionalergebnissen kommen können, die nicht sachlich, sondern durch unterschiedliche subjektive Vorstellungen der einzelnen Bearbeiter begründet gewesen wären. Man entschloß sich daher zu einem anderen, drastisch vereinfachten Verfahren: je Hektar Fruchtart oder je Tier werden für das Bundesgebiet nur drei verschiedene Deckungsbeiträge abgeleitet und zwar für unterdurchschnittliche, durchschnittliche und überdurchschnittliche Verhältnisse (Leistungsstufen). Die Spannweiten zwischen den Leistungsstufen wurden so festgelegt, daß auf die mittlere Stufe etwa 40% und auf die beiden Flügelstufen je etwa 30% der einzelnen Anbaufläche oder des Nutzviehs im Bundesgebiet entfallen. Bei der Ableitung der 3 Deckungsbeiträge wird von entsprechend

abgestuften Bruttoproduktionswerten je Einheit ausgegangen. Skizze 3 zeigt das Verfahren an drei Beispielen mit etwa gleichgroßen Bruttowerten.

Durch Vergleich der regionalen Durchschnittserträge aller marktfähigen pflanzlichen Erzeugnisse (dz je ha) und der Milchleistung je Kuh sowie der regionalen Lebendviehpreise mit den Bruttoansätzen der abgeleiteten Deckungsbeiträge werden die einzelnen Kreise des Bundesgebietes nun für jedes Erzeugnis derjenigen der drei bundeseinheitlichen Leistungsstufen zugeordnet, der sie bei diesen Erzeugnissen am nächsten kommen. In sämtlichen Betrieben des Kreises wird dann je Frucht- oder Tierart der gleiche - eben der gefundenen Leistungsstufe entsprechende - Deckungsbeitrag in die Berechnung eingegeben. Um die Arbeit weiter zu begrenzen, wird die Eingruppierung eines Kreises in eine der drei Leistungsstufen für ganze Gruppen von Erzeugnissen geschlossen vorgenommen, zum Beispiel für sämtliche Getreidearten oder für sämtliche Rinderkategorien usw. Wenn also in einem Kreis unterdurchschnittliche Deckungsbeiträge für Weizen angesetzt werden, so werden auch für Roggen, Gerste oder Hafer jeweils unterdurchschnittliche - jedoch für die jeweilige Fruchtart spezifische - Deckungsbeiträge unterstellt.

D - 4477

Ableitung der Deckungsbeitragswerte
für ausgewählte Produktionen

Skizze 3

Zahlen sind DM-Beträge

Leistungsstufe (D = Durchschnitt)	Bruttoproduktionswert	Variable Spezialkosten	Deckungsbeitrag
1 ha Winterweizen			
unter D (1)	36 dz/ha x 39,40 DM = 1 418	450	968
D (2)	42 dz/ha x 39,40 DM = 1 655	510	1 145
über D (3)	48 dz/ha x 39,40 DM = 1 891	570	1 321
1 Milchkuh			
unter D (1)	3 200 kg Milch x 0,43 DM + 40 kg Fleisch (Kalb) x 3,29 DM = 1 508	640	868
D (2)	3 800 kg Milch x 0,43 DM + 40 kg Fleisch (Kalb) x 3,50 DM = 1 774	770	1 004
über D (3)	4 200 kg Milch x 0,43 DM + 40 kg Fleisch (Kalb) x 3,71 DM = 1 954	880	1 074
3 Mastschweine			
unter D (1)	627 kg x 2,35 DM = 1 473	1 200	273
D (2)	627 kg x 2,50 DM = 1 566	1 200	366
über D (3)	627 kg x 2,65 DM = 1 662	1 200	462

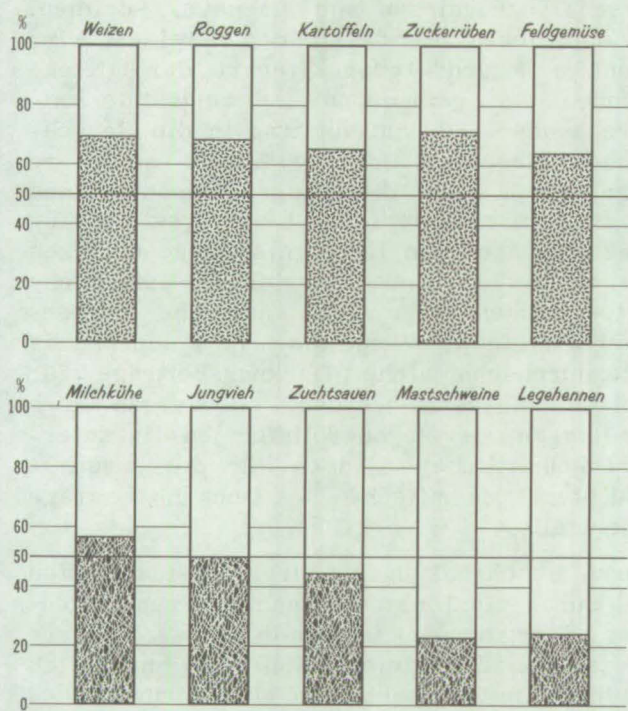
Durch Beschränkung auf drei Leistungsstufen und durch die Einstufung ganzer Fruchtarten- oder Tiergruppen innerhalb eines Kreises in jeweils die gleiche Stufe hat man sich natürlich unter Umständen ein beträchtliches Stück von der Wirklichkeit konkreter Einzelbetriebe des Gebietes entfernt. Um die dadurch eingeführte "Standardisierung" zum Ausdruck zu bringen, werden die letztlich in die Berechnung eingehenden abgeleiteten Deckungsbeiträge als "Standarddeckungsbeiträge" bezeichnet. Diese Bezeichnung soll immer wieder daran erinnern, daß es sich bei den Ergebnissen nicht um tatsächliche sondern um genormte Leistungswerte der Betriebe handelt.

2.2 Anmerkungen zu den
Standarddeckungsbeiträgen

Die Standarddeckungsbeiträge sind ungewohnte und daher für viele nur schwer vorstellbare Größen. Weil aber die beabsichtigte Systematik entscheidend durch diese Größen bestimmt ist, müssen sie anschaulicher gemacht werden. Leichter vorstellbar sind die Bruttoproduktionswerte. Sie ergeben sich, wie gesagt, indem die Durchschnittserträge je ha Anbaufläche oder je Tier mit den Erzeugerpreisen

bewertet werden (zum Beispiel 1 ha Weizen bringt im Durchschnitt 40 dz x 40 DM = 1 600 Bruttoproduktionswert). Die Abbildung zeigt nun für einige wichtige Frucht- und Tierarten, wieviel von jeweils 1 000 DM Bruttoproduktionswert nach Abzug der variablen Spezialkosten als Standarddeckungsbeitrag übrig bleibt (der Einfachheit halber auf die durchschnittliche Leistungsstufe beschränkt).

Anteil des Standarddeckungsbeitrages am Bruttoproduktionswert
D - 4478 durchschnittliche Leistungsstufe



Hierzu muß angemerkt werden, daß die gesamte Futterflächenleistung allein über die Rauhfutter verzehrenden Tiere bewertet wird und daher nicht gesondert über die nachgewiesenen Flächen berücksichtigt werden muß. Da einzelbetrieblich nicht bekannt ist, wieviel Getreide verkauft wird, ist vollständiger Verkauf und vollständiger Zukauf von Kraftfutter unterstellt worden. Das wirkt sich ganz besonders bei der sogenannten flächenunabhängigen Veredlung (Mastschweinehaltung, Geflügelhaltung) in niedrigen Anteilen des Standarddeckungsbeitrages am Bruttoproduktionswert aus, da hier die gesamten Futterkosten als variable Spezialkosten zu Buche schlagen. Andererseits sind die Deckungsbeiträge für Getreide hoch, da von der Ernte kein Abzug für Verfütterung gemacht wird. Grundsätzlich bezieht sich damit die gesamte Berechnung auf die sogenannte "marktfähige Produktion". Auf die Besonderheiten der Ermittlung natürlicher Fleischleistungswerte je Tier in den einzelnen Altersstufen kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.

1) Mohr, D: "Studie über die Klassifizierung der landwirtschaftlichen Betriebe nach ihrer Produktionsrichtung" (1967)
Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften - Agrarstatistik - Dokument St/11 734/ 67 D

Aus der Abbildung wird deutlich, daß es bei Betrieben, die nur die verbreitet vorkommenden pflanzlichen Produktionszweige betreiben, ziemlich gleichgültig wäre, ob man die Systematik an der Zusammensetzung des Bruttoproduktionswertes oder der des Standarddeckungsbeitrages orientiert, da die Wertrelationen fast gleich sind. Der Standarddeckungsbeitrag pendelt hier um 70% des Bruttowertes. Anders sieht es aber aus, wenn tierische Produktionszweige hinzukommen, wie das in den meisten Betrieben der Fall ist. Der Anteil des Standarddeckungsbeitrages am Bruttowert schwankt bei diesen Zweigen zwischen etwa 60% und 20%. Mit anderen Worten: bei der hier praktizierten Systematik nach der Zusammensetzung des Standarddeckungsbeitrages haben die tierischen Produktionszweige ein - teilweise erheblich - geringeres Gewicht als bei einer an sich auch denkbaren und vielleicht leichter vorstellbaren Systematik nach der Zusammensetzung des Bruttoproduktionswertes.

Während mit der Zusammensetzung des Standarddeckungsbeitrages das grundsätzliche Bild der Systematik veranschaulicht ist, gilt es nun noch Vorstellungen darüber zu gewinnen, in welchen Grenzen etwa dieses Bild durch die regional unterschiedliche Einstufung der Betriebszweige in die drei Leistungsstufen variiert wird. Das geschieht am besten durch nachstehendes Beispiel: Sechs gedachte Betriebe verfügen alle über die gleiche Grundausstattung, nämlich über 10 ha Weizen, 10 Milchkühe (einschließlich dazugehörige Futterflächen) und 50 ganzjährig besetzte

Zusammensetzung des Standarddeckungsbeitrages in Abhängigkeit von der Leistungsstufe

Beispiel: 6 Betriebe mit jeweils 10 ha Weizen, 10 Milchkühen und 50 Mastschweinen

Leistungsstufe	Standarddeckungsbeiträge (DM) für		
	10 ha Weizen	10 Milchkühe	50 Mastschweine
1	9 680	8 680	4 550
2	11 450	10 040	6 100
3	13 210	10 740	7 700

Betriebszweig	Betrieb					
	1	2	3	4	5	6
Bei Einstufung der Betriebszweige in die Leistungsstufen						
Weizen	2	1	3	3	1	1
Kühe	2	2	2	1	3	1
Schweine	2	3	1	1	1	3
ergibt sich folgende relative Zusammensetzung des Standarddeckungsbetrages						
Weizen	42	35	48	50	39	37
Kühe	36	37	36	33	43	33
Schweine	22	28	16	17	18	30
Betrieb	100	100	100	100	100	100

Mastschweineplätze. Die Eintragungen in den Betriebsbogen gleichen sich also völlig. Die Betriebe unterscheiden sich nur dadurch, daß sie in 6 sehr verschiedenen Kreisen des Bundesgebietes liegen.

Es wird deutlich, daß sich die 6 "äußerlich" gleich erscheinenden Betriebe in der Zusammensetzung des Standarddeckungsbeitrages stark unterscheiden. Aus den von wissenschaftlichen Instituten erarbeiteten Unterlagen geht hervor, daß die Standarddeckungsbeiträge der unteren und oberen Leistungsstufe in der Rindviehhaltung (ohne Milchvieh) etwa um 10 bis 12%, im Getreidebau um gut 15%, bei Hackfrüchten, Raps und Hülsenfrüchten um etwa 20% und beim Gemüse bis 30% von der mittleren Leistungsstufe abweichen. In der Milchviehhaltung weicht die untere Leistungsstufe um 15%, die obere dagegen nur um 7% von der mittleren Stufe ab. Bei Schweinen betragen die Abweichungen 25% nach beiden Seiten. Bei Legehennen 60% nach unten und 30% nach oben. Diese Zahlen und das Beispiel zeigen, daß die beabsichtigte Systematik nur dann eine zutreffende Aussage ergeben kann, wenn die Kreise in die richtigen Leistungsstufen eingeordnet werden. Diese Einstufung ist für die gesamte Bundesrepublik zentral vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten nach Unterlagen des Statistischen Bundesamtes vorgenommen worden.

Da die schleswig-holsteinischen Kreise in sich zum Teil sehr heterogene landwirtschaftliche Produktionsvoraussetzungen bieten - zum Beispiel Marsch- und Geestböden, Sander- und Moränenflächen - mußten bei der Eingliederung der Kreise in die Leistungsstufen Kompromisse geschlossen werden. Aus diesem Grunde wird in Schleswig-Holstein neben der bundeseinheitlichen, an der Kreiseinstufung orientierten Aufbereitung noch eine zweite vorgenommen, der die Naturraumeinteilung des Landes zugrunde liegt. Das Institut für landwirtschaftliche Betriebs- und Arbeitslehre an der Universität Kiel hat hierfür in enger Anlehnung an die bundeseinheitlichen Werte für einige Frucht- und Nutztierarten besondere Standarddeckungsbeiträge abgeleitet, die den schleswig-holsteinischen Verhältnissen besser gerecht werden sollen. Zwischen den nach Kreisen gegliederten und den nach Naturräumen gegliederten Landesergebnissen der Betriebssystematik sowie der geschätzten Betriebseinkommen bestehen aus diesen Gründen sachliche Unterschiede.

2.3 Die Schätzung des Betriebseinkommens

Wie aus Skizze 2 ersichtlich war, ergibt sich das Betriebseinkommen, indem die festen

Spezialkosten und die Allgemeinkosten von der Deckungsbeitragssumme des Betriebes abgezogen werden. Es hat sich gezeigt, daß diese Kostenarten im Gegensatz zu den variablen Spezialkosten nicht durch kalkulatorische Überlegungen zu ermitteln sind. Sie wurden daher bundeseinheitlich empirisch aus vorliegenden Buchführungsunterlagen abgeleitet. Ihre Höhe ist sowohl von der Höhe als auch von der Zusammensetzung der Deckungsbeitragssumme des Betriebes abhängig. Diese beiden Informationen ergeben sich für jeden Betrieb - wie oben gezeigt - bereits aus dem Rechengang zur Bestimmung der Produktionsrichtung.

Aus den Buchführungsergebnissen sind feste Abzugswerte je 1 000 DM Standarddeckungsbeitrag bestimmt worden. Sie sind für Spannen von je 10 000 DM Standarddeckungsbeitrag degressiv abgestuft und zwar bis zur Spanne 50 000 DM je Betrieb und mehr. Außerdem sind sie unterschiedlich für die noch zu besprechenden Betriebsbereiche und Betriebsformen festgesetzt. Für die verbreitesten Betriebsformen liegen die Abzüge je 1 000 DM Standarddeckungsbeitrag mit steigendem Produktionsvolumen zwischen 580 und 320 DM. In den gartenbaulichen Spezialbereichen sind sie höher, in den Forstbetrieben erheblich geringer. Skizze 4 zeigt die Größenordnungen an je zwei Betriebsbeispielen unterschiedlicher Größe für die beiden verbreitesten Betriebsformen.

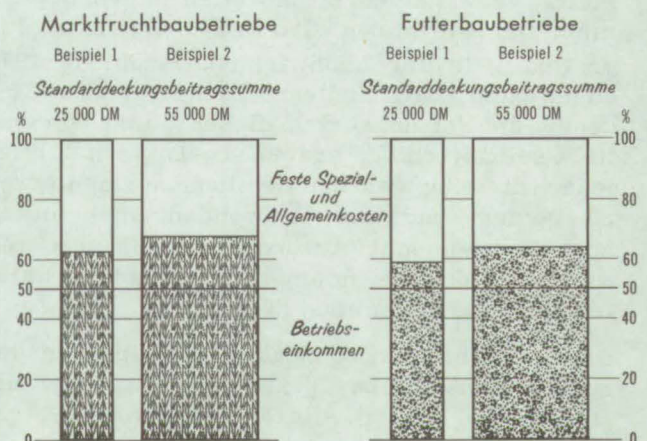
Im Zusammenhang gesehen hängt der Betrag, den 1 ha einer Fruchtart oder 1 Nutztier zum Betriebseinkommen in dem hier beschriebenen System beiträgt, von der regionalen Leistungsstufe, der Betriebsform und dem Produktionsvolumen des Betriebes ab. Er wird nicht ausgewiesen, da sich bestimmte Kostenteile

D - 4479

Anteil des Betriebseinkommens an der Standarddeckungsbeitragssumme

Skizze 4

- Beispiele -



bekanntlich nicht zuordnen lassen, de facto liegt er aber in einer bestimmten Spanne im System fest. In den vorherrschenden Betriebsformen liegt dieser abgeleitete Einkommensbeitrag je nach Leistungsstufe und Produktionsvolumen des Betriebes zum Beispiel beim Weizen etwa zwischen 500 und 900 DM/ha, bei Kartoffeln zwischen 1 000 und 2 000 DM/ha, bei einer Milchkuh zwischen 450 und 730 DM je Tier und bei einem Mastschwein (Stallplatz) zwischen 50 und 100 DM je Einheit. Bezogen auf 1 000 DM Bruttoproduktionswert reicht die Spanne beim Weizen von etwa 350 bis 475 DM, bei Kartoffeln von 315 bis 465 DM, bei einer Kuh von 285 bis 390 DM und bei einem Mastschwein (Stallplatz) von 100 bis 200 DM.

Der durch das beschriebene Rechenverfahren ermittelte Wert ist nicht das tatsächliche "individuelle Betriebseinkommen", sondern ein durch viele Normgrößen und Annahmen geprägter Wert. Damit der Benutzer der Ergebnisse sich dessen stets bewußt bleibt, wird das so errechnete Betriebseinkommen in allen Veröffentlichungen als "Betriebseinkommen (T)" (T = taxiert) bezeichnet. Um den besonderen Verhältnissen des Jahres 1971 gerecht zu werden, sind in einem zusätzlichen Rechengang Zuschläge für den Aufwertungsausgleich, die Liquiditätshilfe und "sonstige Einnahmen" in das Betriebseinkommen (T) einbezogen worden.

2.4 Anmerkungen zum Betriebseinkommen (T)

Wie gezeigt wurde, sind die Standarddeckungsbeiträge und die Betriebseinkommen (T) durch viele Annahmen und Entscheidungen zustande gekommen. Dabei vorkommende Fehler wirken sich besonders beim Betriebseinkommen (T) aus, da hier die absolute Größe entscheidend ist. Bei der Bestimmung der Produktionsrichtung geht es demgegenüber nur um die relative Zusammensetzung eines Wertes, deren Genauigkeit lediglich den in der folgenden Systematik verwendeten Spannweiten angepaßt sein muß. Das Verfahren wird in der Agrarstatistik erstmalig in der Landwirtschaftszählung 1971 angewendet. Alle unterstellten Daten sollten daher an Normalwerten dieses Jahres orientiert sein. Nach den ersten Ergebnissen dürften jedoch die eingegebenen Leistungsnormen etwas zu gering und die Aufwandsnormen etwas zu hoch veranschlagt worden sein. Tendenziell wirkt sich das besonders in etwas unterschätzten Betriebseinkommen (T) aus.

Die Betriebe werden nach Größenspannen des Betriebseinkommens (T) ausgezählt. Über die Ergebnisse dieser Auszählung wird in Kürze berichtet werden.

3. Die Klassifizierung der Betriebe nach der Zusammensetzung des Standarddeckungsbeitrages

3.1 Das Verfahren

Wie einleitend beschrieben, sind die Anteile der Betriebszweige an der Standarddeckungsbeitragssumme des Betriebes die gesuchten Kennziffern zur Bestimmung der Produktionsrichtung. Ziel der Auswertung ist es nun, Betriebe mit gleicher oder ähnlicher Kennzifferzusammensetzung zu Gruppen zusammenzufassen und diese Gruppen dann charakteristisch zu benennen. Diese Gruppen werden aufgrund theoretischer Überlegungen gebildet und können auch als "Klassen" bezeichnet werden, in welche die Betriebe "klassifiziert" werden. Für diese Klassifizierung muß einmal der Begriff "Betriebszweig" erläutert und zum anderen entschieden werden, innerhalb welcher Kennzifferspannen man die Betriebe noch als "gleich oder ähnlich" ansehen will.

Leider ist der Begriff "Betriebszweig" nicht eindeutig. Betriebszweige können einmal sehr umfassend gebildet sein - nämlich wenn sie die gesamte Landwirtschaft im engeren Sinne oder den gesamten Gartenbau oder die gesamte Forstwirtschaft gegeneinander abgrenzen. Sie können zum anderen aus Teilen dieser umfassenden Zweige bestehen - zum Beispiel innerhalb der Landwirtschaft aus dem Marktfruchtbau oder dem Futterbau oder der Veredelung und sie können schließlich auch von diesen wiederum nur einen Teil beinhalten - zum Beispiel von der landwirtschaftlichen Veredelung die Schweinehaltung oder die Geflügelhaltung. Zum besseren Verständnis der Gruppenbildung ist es zweckmäßig, in der beschriebenen Abstufung von "Global"-, "Sektoral"- und "Spezial"-Betriebszweigen zu sprechen. Mit diesem systematischen Zusammenhang sind die mehr als 50 Fragepositionen der Landwirtschaftszählung über Anbauflächen und Viehbestände zu den auf S. 109 wiedergegebenen Betriebszweigen zusammengefaßt worden.

Zur leichteren Handhabung ist jeder Betriebszweig mit einer Kurzbezeichnung versehen worden. Die Zuordnung der Fragebogenpositionen zu den Zweigen ist in der Regel offenkundig. Lediglich das Feldgemüse ist entgegen der Gewohnheit, aber wohl begründet, nicht dem Gartenbau, sondern dem landwirtschaftlichen Marktfruchtbau zugerechnet worden.

Bei der Gruppenbildung müssen zwei divergierende Gesichtspunkte in Einklang gebracht werden: Einmal sollen die Ergebnisse übersichtlich sein, zum anderen sollen die in

Global-Sektoral-Spezial-Betriebszweig	Kurzbezeichnung
Landwirtschaft	LA
Marktfrüchtbau	M
Intensivfrüchte	MIN
Extensivfrüchte	MEX
Futterbau	F
Milchviehhaltung	FMI
Rindermast	FRI
Veredelung	V
Schweinehaltung	VSW
Geflügelhaltung	VGE
Dauerkulturen	D
Obstbau	DOB
Weinbau	DWE
Hopfenbau	DHO
Gartenbau	GA
Gemüsebau	G
im Freiland	GFR
unter Glas	GUN
Zierpflanzenbau	Z
im Freiland	ZFR
Topfpflanzen	ZTO
Schnittblumen (unter Glas)	ZSN
Baumschulen	B
Forstwirtschaft	FO

einer Gruppe zusammengefaßten Betriebe sich möglichst gleichen oder ähneln. Einerseits darf die Zahl der Gruppen also nicht zu groß werden, andererseits erzwingt die Forderung nach Homogenität immer feinere Abgrenzungen. Um beiden Gesichtspunkten gerecht zu werden, wird die Gesamtheit der Betriebe daher zunächst grob in einige wenige Gruppen unterteilt. Für Kurzinformationen kann man sich hierauf beschränken. Diese wenigen Gruppen werden dann anschließend stufenweise aufgefächert. Mit diesem systematischen Zusammenhang werden 4 Gliederungsstufen gebildet:

Stufe I	Betriebsbereiche
Stufe II	Betriebsformen
Stufe III	Betriebsarten
Stufe IV	Betriebstypen

Die bundeseinheitlich festgelegte "Systematik" (siehe S. 110) zeigt diese Stufen mit ihren jeweiligen Unterteilungen. Die einzelnen Betriebe werden nach ihren individuellen Anteilen der Betriebszweige am gesamten Standarddeckungsbeitrag in die einzelnen Fächer eingeordnet. Die Stufen und Fächer dieser Systematik sind durch bestimmte Anteilsspannen der verschiedenen Betriebszweigarten am gesamten Standarddeckungsbeitrag abgegrenzt. Die eingesetzten Kurz-

bezeichnungen entsprechen denen der Betriebszweige. Sie bezeichnen die gebildete Gruppe entsprechend mit dem Zusatz "Betriebe", zum Beispiel M = Marktfrüchtbaubetriebe. Für die Abgrenzung der Gruppen gelten folgende Regeln:

Gliederungsstufe I

"Betriebsbereiche".

Erreicht ein Globalbetriebszweig mindestens 75% des gesamten Standarddeckungsbeitrages, so grenzt er einen nach ihm benannten Betriebsbereich ab. Erreicht keiner der drei Zweige 75%, so entsteht der Bereich "Kombinationsbetriebe".

Gliederungsstufe II

"Betriebsformen".

Erreicht ein Sektoralzweig mindestens 50% des gesamten Standarddeckungsbeitrages, so wird eine nach ihm benannte Betriebsform abgegrenzt.

Erreicht keiner der zum Bereich gehörenden Sektoralzweige 50%, so entsteht die auf den Bereich bezogene Form "Gemischtbetriebe". Letztere werden mit der Kurzbezeichnung des Bereiches und einem vorangestellten X gekennzeichnet.

Gliederungsstufe III

"Betriebsarten".

Erreicht ein Sektoralzweig sogar mindestens 75% des gesamten Standarddeckungsbeitrages, so entsteht eine nach ihm benannte Spezialbetriebsart. Liegt sein Anteil dagegen zwischen 50 und 75%, so entsteht eine Verbundbetriebsart.

Gliederungsstufe IV

"Betriebstypen".

Die Betriebsarten werden in Betriebstypen unterteilt und zwar bei den Spezialbetriebsarten nach dem vorherrschenden Spezialzweig, bei den Verbundbetrieben nach dem zweitgrößten Sektoralzweig. In dieser letzten Stufe wird also das Gliederungsprinzip nach festen Anteilsspannen nicht weiter vertieft, sondern nach dem Rangordnungsprinzip fortgeführt.

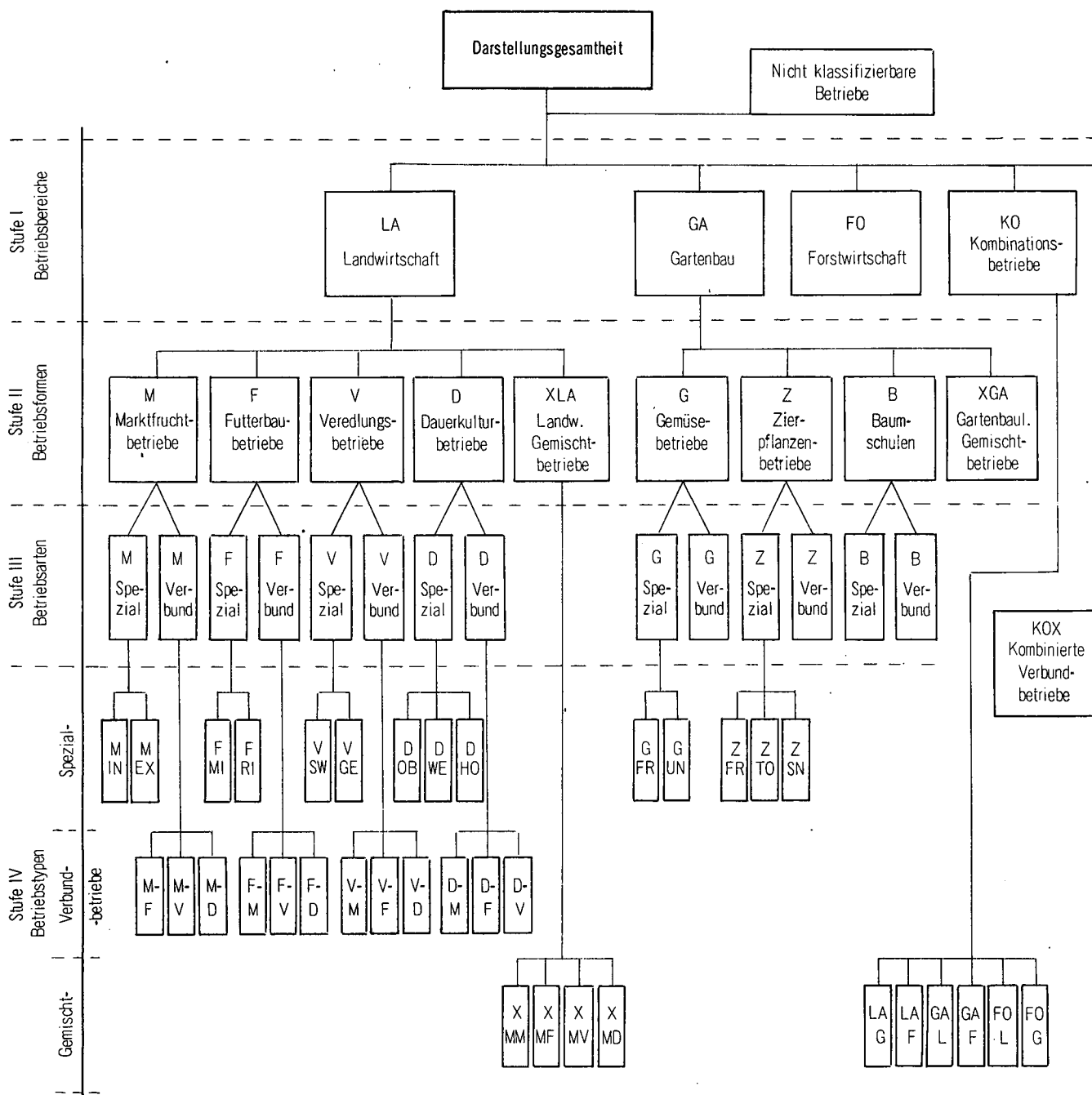
"Kombinationsbetriebe".

Die Kombinationsbetriebe der Stufe I werden nach demjenigen Globalzweig weiter unterteilt, der mindestens 50% des Standarddeckungsbeitrages erreicht. Der erste Buchstabe des zweitgrößten Globalzweiges wird hinzugefügt. Erreicht kein Globalzweig 50%, so entsteht die Gruppe "kombinierte Verbundbetriebe" (KOX). (Letztere kommen in Schleswig-Holstein nicht vor.)

"Gemischtbetriebe".

Die Gemischtbetriebe aus der Stufe II werden nach dem jeweils größten

Systematik der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe



Stufe in der Systematik	Art des zur Abgrenzung herangezogenen Betriebszweiges	Anteil dieses Zweiges am gesamten Standarddeckungsbeitrag
I Betriebsbereich	Globalzweig	75 % und mehr ¹
II Betriebsform	Sektoralzweig	50 % und mehr ²
III Betriebsart	Sektoralzweig	a) Spezial: 75 % und mehr b) Verbund: 50 – 75 %
IV Betriebstyp a) Spezial- b) Verbund-	Spezialzweig Sektoralzweig	größer als andere Spezialzweige zweitgrößter Sektoralzweig

- 1) Erreicht kein Globalzweig die Bedingung, ergeben sich "Kombinationsbetriebe". Diese werden nach dem Globalzweig benannt, der 50 % und mehr erreicht. Werden von keinem Zweig 50 % erreicht, ergibt sich Typ KOX ("kombinierte Verbundbetriebe")
- 2) Erreicht kein Sektoralzweig die Bedingung, ergeben sich "Gemischtbetriebe". Sie werden nach dem größten Sektoralzweig benannt

Sektoralzweig weiter unterteilt. Vor die Kurzbezeichnung dieses Zweiges wird XM gesetzt.

Die abgebildete Systematik enthält an ihrer Spitze eine Gruppe "Nichtklassifizierbare Betriebe". In diese Gruppe fallen Betriebe, die lediglich Arbeitspferde, Futterflächen (einschließlich Futterhackfrucht) oder Ferkel nachgewiesen haben. Da die Leistungen der Futterflächen über die Rauhfutter verzehrenden Nutztiere und die der Ferkel über die Sauenbestände berücksichtigt sind, konnten keine gesonderten Standarddeckungsbeiträge ermittelt werden. Ähnliches gilt auch für die Arbeitspferde. Aus diesem Grunde ist eine Klassifizierung dieser Betriebe nicht möglich.

3.2 Anmerkungen zur Systematik

Es ist von erheblicher Bedeutung, daß der Anteil eines Betriebszweiges gleich welcher Art immer am gesamten Standarddeckungsbeitrag des Betriebes gemessen wird und nicht - wie es auch denkbar wäre - bei Sektoralzweigen am Volumen des übergeordneten Globalzweiges und bei Spezialzweigen am übergeordneten Sektoralzweig. Das folgende Beispiel eines gedachten Betriebes zeigt die Auswirkung:

Betriebszweig	Standarddeckungsbeitrag		
	DM	des Gesamt- betriebes = 100 (praktiziertes Verfahren)	aus den landwirt- schaftlichen Betriebszweigen = 100 (denkbare Variante)
Marktfruchtbau	33 000	33	42
Futterbau	45 000	45	58
Landwirtschaft zusammen	78 000	78	100
Forstwirtschaft	22 000	22	.
Insgesamt	100 000	100	.

Tatsächlicher Betriebstyp \longrightarrow XMF¹

Auf Landwirtschaft bezogener (theoretischer) Betriebstyp \longrightarrow FM²

1) Landwirtschaftlicher Gemischtbetrieb vom Typ "Landwirtschaft mit Futterbau"

2) "Futterbau - Marktfruchtbetrieb"

Nach der Zusammensetzung des gesamten Standarddeckungsbeitrages handelt es sich um einen landwirtschaftlichen "Gemischtbetrieb". Unter dieser Bezeichnung würde man sich ohne nähere Kenntnis der Zusammenhänge einen landwirtschaftlichen Betrieb vorstellen, in dem drei annähernd gleich große oder gar vier landwirtschaftliche Betriebszweige vorkommen. Tatsächlich sind in diesem Beispiel aber nur zwei landwirtschaftliche

Betriebszweige vorhanden, von denen der Futterbau sogar die 50%-Schwelle beträchtlich überschreitet. Rein landwirtschaftlich würde es sich somit (theoretisch) um die Betriebsart "Futterbau-Verbundbetrieb" vom Typ "Futterbau-Marktfrucht" (FM) handeln. Dem hier dargestellten Effekt ist es mit zuzuschreiben, daß die Gruppe der "landwirtschaftlichen Gemischtbetriebe" relativ stark besetzt ist: Untergeordnete Forst- oder Gartenbauanteile drücken den vorherrschenden landwirtschaftlichen Betriebszweig unter die 50%-Grenze. Die folgende Tabelle gibt hierzu eine kleine Vorschau auf die Ergebnisse der Systematik:

Land- und forstwirtschaftliche Betriebe¹

Bezeichnung in der Systematik	Anzahl	%
Landwirtschaftliche Spezialbetriebe	15 317	34,9
Landwirtschaftliche Verbundbetriebe	20 839	47,5
Landwirtschaftliche Gemischtbetriebe	3 880	8,8
Landwirtschaftliche Betriebe zusammen	40 036	91,2
Gartenbaubetriebe	1 650	3,8
Forstbetriebe	1 754	4,0
Kombinationsbetriebe	436	1,0
Betriebe insgesamt	43 876	100

1) klassifizierbare Betriebe mit 1 und mehr ha LF, sowie unter 1 ha LF, sofern jährlich mindestens 4 000 DM Verkaufserlöse erzielt werden

4. Zusammenfassendes Beispiel

Das letzte Bild zeigt das gesamte Verfahren am Beispiel eines Marktfrucht-Futterbaubetriebes mit vier Betriebszweigen. Der Betrieb liegt in einem Kreis mit überdurchschnittlichen Getreide- und durchschnittlichen Zuckerrüben- und Milcherträgen. Rinder- und Schweinepreise sind in diesem Kreis durchschnittlich, in der Forstwirtschaft liegen unterdurchschnittliche Leistungsverhältnisse vor. Die diesen Leistungsstufen entsprechenden Standarddeckungsbeiträge je Einheit werden der rechts oben (teilweise) abgebildeten bundeseinheitlichen Tabelle entnommen. Die Futterflächen bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt, weil ihre Beiträge in den Werten der Rinderbestände enthalten sind. Durch Multiplikation der Anbauflächen- und Viehbestandsdaten mit den Standarddeckungsbeiträgen je Einheit ergeben sich die Standarddeckungsbeiträge für die Betriebszweige und daraus die Summe für den Gesamtbetrieb. Die relativen Anteile der Betriebszweige führen im unten rechts abgebildeten Ausschnitt der Systematik auf Betriebsbereich, -form, -art und -typ. Unten links ist ein Ausschnitt der bundeseinheitlichen

Betriebsbeispiel

Lfd. Nr.	Fruchtart Tierart	ha Stück	Lei- stungs- stufen	Standarddeckungsbeitrag			Abgrenzungs- relationen (%) für Betriebs- form -art -bereich -typ		
				DM je Einh.	DM je Zweig	%			
Betriebszweig Marktf Fruchtbau									
24	Winterweizen	6,0	3	1 321	7 926	16	54		
28	Wintergerste	4,0	3	1 217	4 868	10			
30	Hafer	6,0	3	973	5 838	12			
39	Zuckerrüben	3,0	2	2 507	7 521	16			
Betriebszweig Futterbau									
40	Runkelrüben	2,0		—			99		
	Ackergrünland	3,0		—					
	Dauergrünland	6,0		—					
4	Jungvieh b.1 J.	8	2	360	2 880	6	37		
5	m.Rinder 1-2 J.	2	2	432	864	2			
6	w.Rinder 1-2 J.	4	2	296	1 184	2			
7	Färsen	4	2	296	1 184	2			
8	Kühe	12	2	1 004	12 048	25			
Betriebszweig Veredlung									
16	Mastschweine	30	2	122	3 660	8	8		
Betriebszweig Forstwirtschaft									
77	Wald	5	1	105	525	1	1	1	
Standarddeckungsbeitragssumme					48 498	100	100	100	
abzüglich feste Spezial- und Allgemeinkosten:									
48,498 · 325 DM =				—	15 762				
					=	32 736			
Sonstige Erträge				+	4 129				
Betriebseinkommen (T)					36 865 DM				

Lfd. Nr.	Fruchtart	Standarddeckungsbeitrag DM/Einheit		
		unterdurchschnittlich	D	überdurchschnittlich
24	Winterweizen einschl. Spelz	968	1 145	1 321
25	Sommerweizen	861	1 037	1 214
26	Winterroggen	685	816	1 048
27	Sommerroggen	550	655	760
28	Wintergerste	898	1 057	1 217
29	Sommergerste	812	952	1 092
30	Hafer	721	847	973

usw.

Lfd. Nr.	Tierart	Standarddeckungsbeitrag DM/Einheit		
		unterdurchschnittlich	D	überdurchschnittlich
1	Arbeitspferde	—	—	—
2	Andere Pferde	—	—	—
	einschl. Fohlen und Ponys	150	150	150
3	Kälber unter 3 Monaten	317	360	403
4	Jungvieh 3 Monate bis 1 Jahr	317	360	403
5	Männl. Rinder 1 bis 2 Jahre	384	432	480
6	Weibl. Rinder 1 bis 2 Jahre	265	296	328

usw.

	Standarddeckungsbeitrag 1000 DM/Betrieb				
	unter 10	10 bis 20	20 bis 30	30 bis 50	50 und mehr
Feste Spezialkosten und Gemeinkosten DM/1 000 DM Standarddeckungsbeitrag					
Marktf Fruchtbetriebe	490	420	370	325	320
Futterbaubetriebe	580	480	410	370	360
Veredlungsbetriebe	540	450	390	350	340
Dauerkulturbetriebe	470	410	370	330	320
Landwirtschaftliche Gemischtbetriebe	560	470	400	360	350
Gemüsebetriebe	700	640	580	540	520
Zierpflanzenbetriebe	680	620	560	520	500
Baumschulen	700	640	580	540	520
Gartenbauliche Gemischtbetriebe	690	630	570	530	510
Forstbetriebe	180	170	150	140	130
Kombinationsbetriebe	560	460	380	340	320

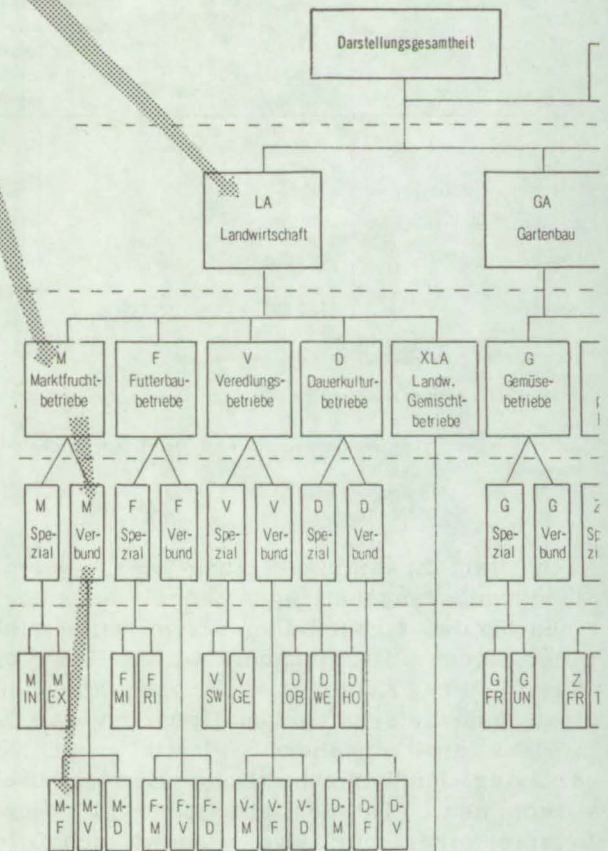


Tabelle mit den festen Spezialkosten und Gemeinkosten abgebildet. Für die Betriebsform "Marktfuchtbetriebe" und die Standarddeckungsbeitragssumme von rund 48 500 DM des Beispielbetriebes läßt sich daraus ein Abzug von 325 DM je 1 000 DM Deckungsbeitragssumme ablesen. Die Weiterrechnung führt auf 36 865 DM Betriebseinkommen (T), in welchem rund 4 000 DM "sonstige Erträge" enthalten sind. Die "sonstigen Erträge" enthalten einmal den "Aufwertungsausgleich 1971"; hierfür erhielt der Beispielbetrieb 109,50 DM je ha Hackfruchtfläche und 73 DM je ha übriger LF (abzüglich eines Hektars). Als zweiter Betrag ist die Liquiditätshilfe 1971 darin enthalten; sie beträgt 23% des "Aufwertungsausgleiches" zuzüglich 100 DM.

Schließlich sind darin als "sonstige Einnahmen" 40 DM je ha LF veranschlagt; das ist ein Pauschalwert, zum Beispiel für Einnahmen aus Jagd- und Fischereiverpachtung, Vermietung von Maschinen, Arbeiten für Dritte und dergleichen.

Aus dem Beispiel wird deutlich, daß pro Betrieb beträchtliche Rechenarbeit zu leisten ist. Die modernen Großrechenanlagen schaffen das jedoch - wenn sie erst einmal programmiert und mit den Ausgangsdaten versorgt sind - für sämtliche schleswig-holsteinische Betriebe in weniger als einer Stunde. Über die Ergebnisse der Berechnungen soll in einem der nächsten Monatshefte berichtet werden.

Dr. Dieter Mohr

Die Bundestagswahl 1972 in Schleswig-Holstein

Teil 4: Vergleich mit der Landtagswahl 1971

Ein Vergleich der Ergebnisse von Bundestagswahlen und Landtagswahlen ist immer problematisch, da das Wahlsystem unterschiedlich ist, und weil eine unbekannte Zahl von Wählern bei einer am gleichen Tage durchgeführten Landtagswahl wahrscheinlich anders abgestimmt hätte. Wie viele das wären, läßt sich nicht sagen. Die Ungewißheit betrifft vor allem die FDP-Wähler: Gibt das Erststimmen- oder das Zweitstimmenergebnis oder ein anderes den "richtigen" Anteil wieder? Auch von den Wählern des SSW, der bekanntlich zur Bundestagswahl nicht kandidiert, läßt sich nicht sagen, welche anderen Parteien sie im nördlichen Landesteil gewählt haben. Nur rein rechnerisch kann man vermuten, daß wahrscheinlich die SPD die meisten von ihnen aufweist. Diese Vergleichsstörungen müssen bei der folgenden Analyse unbedingt beachtet werden. Da den Stimmen der Landtagswahl eher die Zweitstimmen der Bundestagswahl entsprechen, werden diese für den Vergleich verwendet.

Vergleich nach Bundestagswahlkreisen

Die Zahl der Wahlberechtigten hat sich gegenüber der Landtagswahl 1971 nur leicht erhöht (+ 31 000 oder 1,7%), da damals schon die jetzt bei Bundestagswahlen ebenfalls wahlberechtigten 18- bis 20jährigen an der Wahl teilnehmen konnten. Die Zahl der Wähler ist dagegen bedeutend größer, da die Wahlbeteiligung um 11,3 Punkte höher war. Im Jahre 1971 gingen 1,4 Millionen Personen

oder 79,2% der Wahlberechtigten zur Wahl und 1972 1,7 Millionen oder 90,5%. Beide Zahlen vermindern sich um jeweils 11 000 ungültige Stimmen, so daß 1,421 Millionen und 1,654 Millionen gültige Stimmen auf die Parteien entfallen sind.

Die CDU erhielt 1972 695 000 oder 42,0% der gültigen Stimmen gegenüber 737 000 oder 51,9% im Jahre 1971. Sie verschlechterte sich also um 9,9 Punkte. Sie mußte in allen Bundestagswahlkreisen (die hier für den Vergleich als gemeinsame Basis benutzt werden) absolute und relative Verluste hinnehmen. Nach dem Ergebnis von 1971 lag sie bis auf den Wahlkreis 6 (Kiel) in allen Wahlkreisen vorn. Sie hätte also 10 der 11 Direktmandate erobert und davon 8 mit der absoluten Mehrheit. 1972 verblieben der CDU dagegen nur zwei Wahlkreise, die jeweils nur mit geringem Vorsprung gewonnen wurden. In 7 Wahlkreisen macht der Rückgang 10 Punkte und mehr aus. Am größten war er in den Bundestagswahlkreisen 8 (Segeberg-Eutin) mit 10,9 Punkten und 10 (Stormarn-Hzgt. Lauenburg) mit 10,5 Punkten und am niedrigsten im Wahlkreis 1 (Flensburg) mit 7,8 Punkten. Die CDU mußte die kräftigsten Verluste in den Wahlkreisen hinnehmen, in denen sie 1971 die höchsten Anteile aufwies. Im Jahre 1971 machten ihre Anteile bis auf Kiel in allen Wahlkreisen über 45% aus. Jetzt liegen ihre Anteile nur noch in zwei Wahlkreisen über diesem Wert und in drei Wahlkreisen unter 40%.

Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1971 nach Bundestagswahlkreisen

Bundestagswahlkreis	Gültige Stimmen		davon entfallen auf							
			CDU		SPD		FDP		Übrige	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972
in %										
1 Flensburg	91 633	106 718	46,0	38,2	37,0	52,0	2,5	9,1	14,4	0,8
2 Schleswig-Eckernförde	106 816	121 735	53,7	43,5	38,2	48,0	3,4	7,8	4,7	0,8
3 Nordfriesland-Dithmarschen-Nord	112 829	135 951	56,2	46,2	33,9	44,5	4,2	8,5	5,6	0,9
4 Steinburg-Dithmarschen-Süd	120 701	134 297	55,6	46,6	38,4	45,7	3,2	6,7	2,9	1,0
5 Rendsburg-Neumünster	139 982	160 445	53,6	43,3	40,4	48,4	4,0	7,7	2,0	0,7
6 Kiel	141 723	163 038	43,7	34,7	50,3	55,2	3,9	9,3	2,0	0,8
7 Plön	109 027	123 646	53,4	43,4	41,6	48,9	3,2	6,9	1,8	0,8
8 Segeberg-Eutin	147 856	178 053	55,4	44,5	38,5	45,4	4,2	9,3	1,9	0,8
9 Pinneberg	135 878	161 785	51,4	41,9	42,3	47,0	4,5	10,3	1,8	0,8
10 Stormarn	173 672	206 461	53,8	43,3	40,0	46,7	4,3	9,3	1,9	0,8
11 Lübeck	140 917	162 027	47,3	37,0	46,8	53,9	3,7	8,2	2,2	0,9
Schleswig-Holstein	1 421 034	1 654 156	51,9	42,0	41,0	48,6	3,8	8,6	3,4	0,8

Die SPD hat sich erheblich verbessert. Sie erhielt 804 000 Stimmen anstelle von 582 000. Sie verbesserte ihren Anteil um 7,6 Punkte von 41,0% auf 48,6%. Sie konnte in allen Wahlkreisen absolute und relative Stimmengewinne verbuchen. Nach dem Ergebnis der Landtagswahl 1971 lag sie nur im Wahlkreis 6 (Kiel) vorn. Sie hätte also nur einen Direktkandidaten gestellt. Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl nimmt sie in neun Wahlkreisen den ersten Platz ein und darunter in drei mit der absoluten Mehrheit. Der Zuwachs der SPD streut unter den Wahlkreisen zwischen 15 und 4,7 Punkten. In den drei nördlichen Wahlkreisen nahm sie am meisten zu. Es könnte dort ein Zusammenhang mit dem Nichtkandidieren des SSW bestehen. Die SPD verbesserte sich im Wahlkreis 1 (Flensburg) um 15 Punkte (SSW-Anteil 1971: 12,9%), im Wahlkreis 2 (Schleswig-Eckernförde) um 9,8 Punkte (SSW: 3,1%) und im Wahlkreis 3 (Nordfriesland-Dithmarschen-Nord) um 10,6 Punkte (SSW: 3,5%). Auffallend ist, daß die überdurchschnittlichen Zuwachsraten im Landesteil Schleswig auftreten, während sie im Landesteil Holstein in der Regel unterdurchschnittlich sind. Die Anteile der SPD liegen 1972 nur noch im Wahlkreis 3 unter 45%, während dies 1971 in neun Wahlkreisen der Fall gewesen ist; darunter befanden sich sogar fünf mit Anteilen unter 40%.

Die FDP hat sich gegenüber ihrem Tief von 1971 kräftig erholt. Sie kam auf gut 141 000 oder 8,6% der gültigen Zweitstimmen und verbesserte sich damit um 4,8 Punkte. Ihr gelangen in allen Wahlkreisen absolute und

relative Stimmengewinne. Am größten waren ihre Gewinne in den Wahlkreisen 1 (+ 6,6 Punkte), 9 (+ 5,8 Punkte), 8 (+ 5,1 Punkte), 10 (+ 5 Punkte) und 6 (+ 5 Punkte), in denen sie auch die größten Anteile aufweist. Sie lag 1972 in keinem Wahlkreis unter 5%, während sie 1971 in keinem Wahlkreis diese Grenze übersprungen hatte.

Würde man mit dem Wahlergebnis der Landtagswahl 1971 eine Sitzverteilung für den Bundestag berechnen und unterstellen, daß Schleswig-Holstein wie heute auf 22 Sitze käme und die FDP auch im Bundesgebiet unter 5% geblieben wäre, so ergäbe sich im Vergleich zu 1972 folgendes Bild:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP
1971	22	12	10	–
1972	22	9	11	2

Die CDU hätte danach 3 Abgeordnete verloren, wovon einer an die SPD und zwei an die FDP fallen würden.

Vergleich nach Landtagswahlkreisen

Der Vergleich der Ergebnisse von Landtagswahl 1971 und Bundestagswahl 1972 nach Landtagswahlkreisen wird durch die Briefwähler beeinträchtigt, da sie bei der Umrechnung der Bundestagswahl auf Landtagswahlkreise nicht einbezogen werden können. Diese Beeinträchtigung ist jedoch nicht sehr groß,

da sich die Briefwähler ähnlich wie die übrigen Wähler entschieden haben. Die folgende Übersicht zeigt die Abweichungen im Landesergebnis:

	Anteile der		
	CDU	SPD	FDP
Briefwähler	43,4	43,5	12,2
Urnenwähler	41,9	49,0	8,3
Zusammen	42,0	48,6	8,6
Abweichung	+ 0,1	- 0,4	+ 0,3

Bei den Ergebnissen der Landtagswahlkreise gibt es nur einen Grenzfall: 31 (Plön-Süd). Hier würde die Einbeziehung der Briefwähler mit einiger Sicherheit die Mehrheit der SPD in eine der CDU umwandeln. In allen anderen Landtagswahlkreisen sind die Mehrheiten eindeutig.

Die CDU hat bei der Landtagswahl 1971 bekanntlich 35 der 44 Wahlkreise gewonnen und darunter 28 mit der absoluten Mehrheit. Sie blieb nur in zwei Wahlkreisen unter 40% und eroberte 5 Wahlkreise mit mehr als sechs Zehntel der Stimmen. Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 mußte sie in allen Landtagswahlkreisen absolute und relative Verluste hinnehmen. Ihre Mehrheit ging - wenn man unterstellt, daß sie sie in Plön-Süd behalten hat - in 24 Wahlkreisen verloren. Sie liegt nur noch in 11 Wahlkreisen an der Spitze und darunter in zwei mit der absoluten Mehrheit. Die Verluste der CDU schwanken zwischen 6,4 und 13,3 Punkten. Die geringsten Verluste traten in den Wahlkreisen 1 (Flensburg-West) mit 6,4 Punkten, 2 (Flensburg-Ost) mit 7,1 Punkten sowie 19 (Pinneberg-Elbmarschen) und 29 (Kiel-Ost) mit jeweils 8,2 Punkten auf. Die größten Verluste mußte die CDU in den Wahlkreisen 23 (Segeberg-West) mit 13,3 Punkten, 5 (Husum-Land) mit 11,9 Punkten und 22 (Segeberg-Ost) mit 11,8 Punkten hinnehmen. In 15 Landtagswahlkreisen liegen die Anteile der CDU unter 40%, im Wahlkreis 29 (Kiel-Ost) sogar unter 30% (26,5%).

Die SPD konnte im November 1972 in allen Landtagswahlkreisen absolute und relative Stimmengewinne verbuchen. Bei der Landtagswahl 1971 stellte sie nur 9 erfolgreiche Direktkandidaten; nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 blieb sie in 32 Wahlkreisen (ohne Plön-Süd) der Sieger. Sie erhielt in 16 Wahlkreisen die absolute Mehrheit; 1971 ist dies nur in 3 Wahlkreisen der Fall gewesen. Sie konnte der CDU 24

Wahlkreise abnehmen. Insgesamt verbesserte sich die SPD um 8 Punkte (einschließlich Briefwahl um 7,6 Punkte). Weit über diesem Durchschnitt war vor allem ihr Zuwachs in den nördlichen Landtagswahlkreisen. Auffallend ist weiterhin, daß sie in der Regel in den Wahlkreisen den geringsten Zuwachs aufweist, in denen die FDP hohe Anteile eroberte. Die Gewinne der SPD streuen zwischen 18,4 und 2,2 Punkten; die größten traten in den Wahlkreisen 1 (Flensburg-West) mit 18,4 Punkten (SSW-Anteil 1971 = 18,0%), 3 (Flensburg-Land) mit 14,8 Punkten (SSW = 8,4%), 5 (Husum-Land) mit 13,3 Punkten (SSW = 5,4%) und 2 (Flensburg-Ost) mit 13,2 Punkten (SSW = 12,3%) auf. Die relativ geringsten Gewinne sprangen für die SPD in den Wahlkreisen 40 (Norderstedt) mit 2,2 Punkten, 44 (Ahrensburg) mit 3,6 Punkten und 20 (Pinneberg) mit 3,7 Punkten heraus. 1971 hatte die SPD noch in 19 Wahlkreisen unter 40% gelegen, darunter in drei sogar unter 30%; 1972 weist sie nur in 2 Wahlkreisen Anteile unter 40% auf.

Die FDP verbesserte ebenfalls ihre Anteile. Sie blieb 1972 nach dem Zweitstimmenergebnis in keinem Landtagswahlkreis unter 5%, während sie 1971 nur in 3 Wahlkreisen darüber lag. Die höchsten Anteile erhielt sie in den Wahlkreisen um Hamburg: Norderstedt = 12,8%, Ahrensburg = 12,4% und Pinneberg = 11,9%. Die größte Zunahme gelang der FDP im Wahlkreis 40 (Norderstedt) mit 7,5 Punkten.

Eine nach dem d'Hondt'schen Höchstzahlenverfahren mit dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 berechnete fiktive Sitzverteilung für den Landtag ergibt folgendes Bild:

	Sitze insgesamt	CDU	SPD	FDP	SSW
1971	73	40	32	-	1
1972	73	31	36 (35)	6	(1)

Legt man nur das Zweitstimmenergebnis zu Grunde, so würden die CDU von den 73 Sitzen 31, die SPD 36 und die FDP 6 Sitze erhalten. Da aber der SSW bei Landtagswahlen kandidiert und mit einiger Sicherheit einen Sitz bekommt, müssen die in Klammern gesetzten Zahlen für SPD und SSW als wahrscheinlich angenommen werden. Vergleicht man dieses Ergebnis mit der Landtagswahl 1971, so würden die CDU 9 Sitze verloren, die SPD 3 und die FDP 6 Sitze gewonnen haben. Auffallend dabei ist, daß von den 35 SPD-Abgeordneten 32 Direktkandidaten wären, also nur drei aus der Landesliste kämen.

Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972¹ und der Landtagswahl 1971 nach Landtagswahlkreisen

Landtagswahlkreis	Gültige Stimmen		davon entfallen auf							
			CDU		SPD		FDP		Übrige	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972
in %										
1 Flensburg-West	30 608	31 589	38,1	31,7	40,4	58,8	2,2	8,9	19,1	0,7
2 Flensburg-Ost	29 626	31 888	44,7	37,6	38,8	52,0	2,5	9,6	13,8	0,9
3 Flensburg-Land	31 399	34 992	55,0	44,6	32,0	46,8	2,7	7,9	10,4	0,7
4 Südtondern	23 174	24 475	55,7	46,9	34,8	44,5	3,6	7,8	6,0	0,7
5 Husum-Land	24 103	29 757	61,9	50,0	27,8	41,1	3,4	8,1	6,9	0,7
6 Husum-Eiderstedt	31 266	32 475	49,1	39,8	38,0	49,2	6,3	10,2	6,6	0,8
7 Schleswig-West	32 644	35 028	65,1	54,7	27,4	38,3	3,2	6,2	4,2	0,9
8 Schleswig	32 595	33 234	51,7	41,5	37,1	49,8	3,7	7,9	7,5	0,7
9 Eckernförde	31 092	33 466	51,7	41,9	41,8	50,7	2,7	6,7	3,8	0,7
10 Dithmarschen-Nord	32 164	34 376	58,0	47,6	34,9	44,8	3,5	6,5	3,7	1,1
11 Dithmarschen-Süd	34 168	35 170	55,3	47,0	38,2	46,4	3,3	5,7	3,2	1,0
12 Rendsburg-West	32 952	35 053	66,0	55,5	27,4	36,8	3,6	6,4	3,0	1,2
13 Rendsburg	32 722	35 254	48,4	37,6	45,1	53,6	4,2	8,1	2,4	0,6
14 Rendsburg-Ost	31 650	34 890	56,5	45,5	37,8	45,4	3,9	8,6	1,7	0,6
15 Neumünster-Nord	31 486	34 042	52,2	42,2	41,9	49,8	4,2	7,4	1,6	0,5
16 Steinburg-Ost	34 121	35 144	53,2	44,2	41,4	47,3	3,1	7,4	2,4	0,9
17 Steinburg-Süd	30 842	31 711	53,8	44,1	40,8	48,7	3,0	6,3	2,4	0,9
18 Elmshorn	35 400	38 156	49,4	39,5	44,3	50,7	4,5	9,1	1,9	0,6
19 Pinneberg-Elbmarschen	33 880	37 254	48,8	40,6	45,0	49,0	4,3	9,6	1,9	0,7
20 Pinneberg	33 781	38 816	49,1	39,6	44,1	47,8	5,0	11,9	1,9	0,8
21 Pinneberg-Nord	32 817	36 976	58,5	47,3	35,6	41,9	4,1	10,0	1,8	0,8
22 Segeberg-Ost	32 459	35 994	61,2	49,4	32,4	42,1	4,1	7,6	2,4	0,9
23 Segeberg-West	28 328	34 609	60,3	47,0	33,4	43,0	4,4	9,3	2,0	0,7
24 Neumünster	31 433	33 657	49,4	40,0	44,9	52,6	4,2	7,0	1,5	0,5
25 Kiel-Nord	27 973	30 074	44,5	35,2	49,2	54,2	4,1	10,0	2,2	0,6
26 Kiel-Mitte	34 174	33 162	52,6	42,7	40,7	45,0	4,8	11,5	1,9	0,7
27 Kiel-West	31 606	32 796	43,1	33,3	50,8	56,0	4,2	9,9	1,9	0,8
28 Kiel-Süd	30 523	33 292	42,0	32,9	52,4	58,6	3,5	7,8	2,1	0,6
29 Kiel-Ost	31 363	34 631	34,7	26,5	60,0	66,4	2,9	6,3	2,5	0,8
30 Plön-Nord	32 505	34 196	50,4	41,0	44,8	51,4	3,0	6,9	1,8	0,8
31 Plön-Süd	31 891	33 296	55,5	46,0	39,2	46,1	3,2	6,9	2,1	0,9
32 Oldenburg	30 954	32 104	53,7	42,2	41,6	51,2	3,3	6,0	1,3	0,6
33 Eutin-Nord	34 651	35 236	55,4	45,2	39,3	47,1	3,5	6,8	1,9	0,8
34 Eutin-Süd	36 670	39 328	54,1	43,7	40,4	47,6	3,8	7,9	1,8	0,9
35 Lübeck-Ost	36 056	39 285	46,9	37,1	47,3	55,0	3,4	7,0	2,4	0,9
36 Lübeck-Süd	36 496	38 001	51,4	41,0	41,9	48,7	4,5	9,5	2,2	0,9
37 Lübeck-Mitte	31 921	34 502	45,7	34,4	48,8	57,9	3,3	6,7	2,2	0,9
38 Lübeck-Nord	36 444	40 001	44,9	34,7	49,3	56,5	3,6	8,0	2,1	0,8
39 Stormarn	34 460	38 229	55,5	43,8	39,1	47,4	3,8	8,1	1,8	0,7
40 Norderstedt	29 425	35 590	46,0	37,2	47,2	49,4	5,3	12,8	1,5	0,6
41 Lauenburg-Ost	37 583	40 575	57,6	45,9	37,2	46,3	3,1	7,0	2,1	0,8
42 Lauenburg-Süd	37 036	41 977	51,1	39,9	43,0	52,2	4,0	7,2	2,0	0,8
43 Reinbek	30 712	35 263	52,1	42,3	41,8	46,1	4,4	11,0	1,7	0,7
44 Ahrensburg	33 881	37 548	52,5	43,9	39,4	43,0	6,3	12,4	1,8	0,6
Schleswig-Holstein	1 421 034	1 537 092	51,9	41,9	41,0	49,0	3,8	8,3	3,4	0,8

1) ohne Briefwähler

Vergleich nach politischen Kreisen

Bei der Landtagswahl 1971 hatte die CDU in allen Kreisen die absolute und in zwei kreisfreien Städten die relative Mehrheit errungen. Sie kam in den kreisfreien Städten insgesamt auf einen Anteil von 45,0% und in den Kreisen auf 54,6%. Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 hat sich die CDU in allen kreisfreien Städten

und Kreisen verschlechtert. Ihr Anteil sank in den kreisfreien Städten um 9,1 Punkte auf 35,9% und in den Kreisen um 10,2 Punkte auf 44,4%. Die CDU verlor damit ihre Spitzenposition in den Kreisen an die SPD und in den kreisfreien Städten vergrößerte sich ihr Rückstand von 2,2 auf 18,8 Punkte. Die CDU blieb in allen kreisfreien Städten unter 40%, während sie 1971 nur in Flensburg knapp darunter gelegen und in Neumünster

Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1971 nach politischen Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	Gültige Stimmen		davon entfallen auf							
			CDU		SPD		FDP		Übrige	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972
	in %									
FLensburg	53 830	62 119	39,7	33,6	40,6	56,2	2,3	9,5	17,4	0,7
KIEL	155 639	177 670	43,5	34,5	50,5	55,5	3,9	9,3	2,1	0,7
LÜBECK	140 917	162 027	47,3	37,0	46,8	53,9	3,7	8,2	2,2	0,9
NEUMÜNSTER	49 973	57 213	49,1	39,9	45,0	52,4	4,3	7,2	1,6	0,4
Zusammen	400 359	459 029	45,0	35,9	47,2	54,7	3,7	8,7	4,1	0,8
Dithmarschen	77 022	87 170	57,6	48,2	35,5	44,4	3,4	6,3	3,5	1,1
Flensburg-Land	37 803	44 599	55,0	44,6	31,9	46,1	2,8	8,5	10,3	0,8
Hzgt. Lauenburg	82 514	97 238	54,8	43,6	39,5	47,8	3,7	7,8	2,0	0,7
Nordfriesland	78 543	96 195	55,0	45,1	33,9	44,9	4,6	9,3	6,5	0,8
Ostholstein	102 275	116 441	54,4	43,9	40,4	47,9	3,5	7,4	1,7	0,8
Pinneberg	135 878	161 785	51,4	41,9	42,3	47,0	4,5	10,3	1,8	0,8
Plön	64 396	72 972	52,9	43,7	42,0	48,3	3,1	7,1	1,9	0,9
Rendsburg-Eckernförde	128 360	148 389	55,1	44,5	38,7	46,9	3,6	7,9	2,6	0,7
Schleswig	54 549	62 009	57,3	46,7	32,9	44,9	3,5	7,7	6,3	0,8
Segeberg	90 212	112 286	55,9	44,5	37,5	44,7	4,6	10,1	1,9	0,7
Steinburg	77 965	86 883	55,2	46,0	39,2	45,9	3,1	7,0	2,5	1,0
Stormarn	91 158	109 160	52,9	42,9	40,5	45,7	4,8	10,6	1,8	0,7
Zusammen	1 020 675	1 195 127	54,6	44,4	38,6	46,3	3,9	8,5	3,0	0,8
Schleswig-Holstein	1 421 034	1 654 156	51,9	42,0	41,0	48,6	3,8	8,6	3,3	0,8

fast die absolute Mehrheit erreicht hatte. Am größten waren ihre Verluste in Lübeck (- 10,3 Punkte) und Neumünster (- 9,2 Punkte). Sie ist in keiner kreisfreien Stadt mehr die stärkste Partei. In den Kreisen liegt sie noch in vier Kreisen vorn, verfügt aber in keinem über die absolute Mehrheit. In acht Kreisen mußte sie die Spitzenposition an die SPD abtreten. Ihre Verluste schwanken zwischen 9,4 Punkten in Dithmarschen und 11,4 Punkten in Segeberg. Neben Segeberg waren die Verluste der CDU noch in Hzgt. Lauenburg (- 11,2 Punkte) sowie in Rendsburg-Eckernförde und Schleswig mit jeweils - 10,6 Punkten besonders hoch.

Die SPD konnte in allen kreisfreien Städten und Kreisen Gewinne verbuchen. Sie verbesserte sich in den kreisfreien Städten um 7,5 Punkte auf 54,7% und in den Kreisen um 7,7 Punkte auf 46,3%. Sie ist damit sowohl in den kreisfreien Städten als auch in den Kreisen insgesamt die stärkste Partei, während sie 1971 nur in den kreisfreien Städten knapp vorn gelegen hatte. Unter den kreisfreien Städten baute sie ihre Führung in Flensburg und Kiel aus und eroberte sie in Lübeck und Neumünster. Die größte Zunahme gelang der SPD in Flensburg. Ihr Anteil stieg dort um 15,6 Punkte auf 56,2%. Hier kann der schon erwähnte Zusammenhang mit dem Nichtkandidieren des SSW bestehen. Der SSW wies nämlich 1971 in Flensburg einen Anteil von 16,1%

aus. Flensburg ist damit gleichzeitig die kreisfreie Stadt mit dem höchsten SPD-Anteil, gefolgt von Kiel (55,5%), das bisher an der Spitze lag. Die SPD ist in 8 Kreisen die stärkste Partei, während sie 1971 in keinem Kreis vorne lag. Sie erzielte die größten Gewinne in Flensburg-Land (+ 14,2 Punkte), Schleswig (+ 12,0 Punkte) und Nordfriesland (+ 11,0 Punkte). Das sind alles Kreise im Landesteil Schleswig, in denen sie 1971 am schlechtesten abgeschnitten hatte. Demgegenüber fielen die Gewinne der SPD in Kreisen, in denen sie 1971 günstigere Ergebnisse erzielt hatte, nicht so hoch aus: Pinneberg (+ 4,7 Punkte) und Stormarn (+ 5,2 Punkte).

Die FDP verbesserte sich in den kreisfreien Städten um 5,0 Punkte auf 8,7% und in den Kreisen um 4,6 Punkte auf 8,5%. Sie weist damit im Gegensatz zu 1971 in den kreisfreien Städten einen höheren Anteil aus als in den Kreisen. Bei der Landtagswahl 1971 war die FDP in keiner kreisfreien Stadt und keinem Kreis über 5% gekommen, 1972 lag ihr schlechtestes Ergebnis bei 6,3% im Kreis Dithmarschen und in drei Kreisen wies sie Anteile von über 10% aus: Stormarn (10,6%), Pinneberg (10,3%) und Segeberg (10,1%).

Vergleich nach Gemeindegrößenklassen

In den vorangegangenen Abschnitten sind die regionalen Unterschiede der Stimmenanteile der Parteien und ihre Verschiebungen gegen-

Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 und der Landtagswahl 1971 nach Gemeindegrößenklassen

Gemeindegrößenklasse (Einwohner)	Gültige Stimmen		davon entfallen auf							
			CDU		SPD		FDP		Übrige	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972	1971	1972
	in %									
unter 250	25 566	27 102	68,5	59,6	24,7	33,1	2,7	6,2	4,0	1,1
250 – 500	66 008	73 616	64,5	54,2	29,1	39,0	2,7	5,9	3,6	0,9
500 – 750	65 174	74 053	61,3	49,9	32,0	42,7	2,9	6,5	3,8	0,9
750 – 1 000	46 761	58 003	59,7	49,5	33,7	43,1	3,1	6,6	3,5	0,8
1 000 – 2 000	107 112	120 628	57,0	46,4	36,1	45,7	3,4	7,2	3,5	0,8
2 000 – 5 000	135 825	164 522	52,4	42,7	40,6	48,5	4,0	8,1	3,0	0,8
5 000 – 10 000	137 561	138 248	54,2	44,1	38,8	46,6	4,0	8,4	3,0	0,8
10 000 – 25 000	220 904	260 465	50,9	41,5	42,6	49,0	4,0	8,8	2,4	0,8
25 000 – 50 000	125 131	159 040	48,3	39,2	44,1	50,0	4,6	10,0	3,0	0,8
50 000 – 100 000	124 101	145 671	44,2	36,6	44,2	53,6	3,7	9,3	7,9	0,6
100 000 und mehr	276 957	315 744	44,7	35,4	49,3	55,4	3,8	8,5	2,2	0,8
Zusammen	1 331 100	1 537 092	51,6	41,9	41,3	49,0	3,8	8,3	3,3	0,8
dazu Briefwahl	89 934	117 064	56,6	43,4	35,8	43,5	4,3	12,2	3,3	1,0
Schleswig-Holstein	1 421 034	1 654 156	51,9	42,0	41,0	48,6	3,8	8,6	3,3	0,8

über der Landtagswahl 1971 dargestellt worden. Hier soll gezeigt werden, welchen Einfluß die Gemeindegröße hat.

Die CDU ist sowohl 1971 als auch 1972 in den kleinen Gemeinden erfolgreicher gewesen und die SPD in den großen. Die Anteile der CDU sinken mit wachsender Größenklasse und die der SPD steigen. Dieser Trend ist erhalten geblieben, obwohl die CDU in allen Größenklassen Verluste hinnehmen mußte und die SPD in allen Größenklassen Gewinne verzeichnen konnte. Bei den Gewinnen und Verlusten beider Parteien ist nämlich kein entsprechender Trend feststellbar.

Die CDU erhielt 1971 in den Größenklassen bis 25 000 Einwohner über die Hälfte der gültigen Stimmen und in den Gemeinden bis 750 Einwohner über sechs Zehntel. Sie bekam in allen Größenklassen mehr als vier Zehntel der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 1972 kam sie nur in den Gemeinden bis 500 Einwohner auf einen Zweitstimmenanteil von über 50% und in den Größenklassen über 25 000 Einwohner sank ihr Anteil auf unter vier Zehntel. Die größten Verluste mußte die CDU in den Gemeinden mit 500 bis 750 Einwohner hinnehmen. Hier ging ihr Anteil um 11,4 Punkte auf 49,9% zurück. Überdurchschnittlich sind die Verluste der CDU außerdem noch in den Größenklassen 1 000 bis 2 000 Einwohner (- 10,6 Punkte), 250 bis 500 Einwohner (- 10,3 Punkte), 750 bis 1 000 Einwohner (- 10,2 Punkte) und 5 000 bis 10 000 Einwohner (- 10,1 Punkte). Am geringsten waren die Verluste der CDU in den Größenklassen 50 000 bis 100 000 Einwohner (- 7,6 Punkte; hier befinden sich nur die Städte

Flensburg, Neumünster und Norderstedt) und bis 250 Einwohner (- 8,9 Punkte).

Die SPD hatte 1971 in keiner Größenklasse die absolute Mehrheit erreicht und war in den Gemeinden bis 500 Einwohner unter einem Stimmenanteil von drei Zehnteln geblieben. Nach dem Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972 kam die SPD in den Größenklassen ab 25 000 Einwohner auf die Hälfte und mehr der Stimmen und blieb nur in den Gemeinden bis 500 Einwohner unter einem Anteil von vier Zehnteln. Die größten Gewinne verbuchte die SPD in den Größenklassen 500 bis 750 Einwohner (+ 10,7 Punkte), 250 bis 500 Einwohner (+ 9,9 Punkte), 1 000 bis 2 000 Einwohner (+ 9,6 Punkte) sowie 750 bis 1 000 und 50 000 bis 100 000 Einwohner mit jeweils + 9,4 Punkten.

Bei der FDP bestand bisher fast kein Zusammenhang zwischen Gemeindegröße und Stimmenanteil. Seit der Bundestagswahl 1972 ist das anders geworden. Es läßt sich jetzt ein gewisser Trend, wenn auch nicht in dem Ausmaße wie bei CDU und SPD, feststellen, und zwar ist der Zweitstimmenanteil der FDP in größeren Gemeinden höher als in den kleineren. Ebenso verhält es sich bei den Gewinnen der FDP. Sie konnte die größten Gewinne in den Größenklassen 25 000 bis 50 000 Einwohner (+ 5,4 Punkte) und 50 000 bis 100 000 Einwohner (+ 5,6 Punkte) verbuchen. Bei der Landtagswahl hatte die FDP in keiner Größenklasse die 5%-Grenze erreicht, und 1972 blieb sie in keiner darunter. Am besten schnitt sie in der Größenklasse 25 000 bis 50 000 Einwohner mit 10% der gültigen Zweitstimmen ab.

Vergleich nach Alter und Geschlecht

Sowohl bei der Landtagswahl 1971 als auch bei der Bundestagswahl 1972 sind Stichprobenerhebungen über das Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht durchgeführt worden. Da die jetzt geltende Altersgliederung wegen der Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre erstmals bei der Landtagswahl 1971 verwendet wurde, ist nicht nur ein grober Vergleich nach zusammengefaßten Altersgruppen wie beim Vergleich Bundestagswahl 1972 : 1969 möglich, sondern ein Vergleich aller Altersgruppen. Im übrigen gelten selbstverständlich die anfangs genannten Beeinträchtigungen auch hier.

Die Frauen, die 1971 entscheidend für die absolute Mehrheit der CDU waren, gaben 1972 den Ausschlag für den starken Rückgang. Bei der Landtagswahl 1971 erhielt die CDU 54,3% der gültigen Stimmen der Frauen und bei der Bundestagswahl 1972 nur 42,8% der gültigen Zweitstimmen, also 11,5 Punkte weniger. Besonders gravierend ist der Rückgang bei den Frauen zwischen 18 und 25 Jahre. In dieser Altersgruppe sank der CDU-Anteil um 18,2 Punkte auf 27,2%. Die Verluste werden mit steigendem Alter geringer, so daß sich insgesamt gesehen das gleiche Bild wie 1971 ergibt, jedoch mit dem entscheidenden Unterschied, daß die CDU 1972 in keiner Altersgruppe der Frauen über 50% gekommen ist, während ihr 1971 dies nur in der jüngsten Altersgruppe nicht gelungen war. Bei der Landtagswahl 1971 stimmten alle Jahrgangsguppen der Frauen außer der jüngsten häufiger für die CDU als für die SPD, 1972 dagegen nur noch die beiden ältesten Gruppen.

Bei den Männern ging der Anteil der CDU um 8 Punkte von 48,2% auf 40,2% zurück. Auch hier sind die Verluste bei den jüngeren Jahrgängen besonders groß. In der jüngsten Altersgruppe der Männer ging der Anteil der CDU von 39,3% um 12,6 Punkte auf 26,7% zurück und in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre sind es 11,4 Punkte. Wie bei den Frauen werden die Verluste mit steigendem Alter geringer. Die Anteile der CDU machen jedoch in allen Altersgruppen weniger als 50% aus. In der jüngsten Altersgruppe sind es sogar weniger als 30% und in den beiden nächsthöheren weniger als 40%. Bei der Landtagswahl 1971 hatte die CDU von den ältesten Männern über die Hälfte der Stimmen bekommen und nur in der jüngsten Altersgruppe hatte der Anteil unter 40% gelegen.

Faßt man beide Geschlechter zusammen und untersucht die Altersgruppen, so zeigt sich das schon bei den Geschlechtern erkennbare Bild: besonders hohe Verluste der CDU

in den jüngeren Jahrgängen, durchschnittliche in der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre und unterdurchschnittliche in den Jahrgängen ab 45 Jahre. Während die CDU 1971 in allen Altersgruppen mehr als 40% der Stimmen erhalten hatte und in den beiden obersten sogar über 50%, kam sie 1972 nur in den beiden obersten Altersgruppen auf über 40% und in der untersten nur auf weniger als 30%. Nur bei den 60 Jahre und älteren Wählern erhielt die CDU 1972 mehr Stimmen als die SPD, 1971 hatte sie in allen Altersgruppen ab 25 Jahre dominiert.

Die Entwicklung der SPD-Stimmen ist zumindest in groben Zügen spiegelbildlich verlaufen. Entscheidend für die Umkehr der Mehrheitsverhältnisse waren die Frauen und die jüngeren Jahrgänge. Bei der Landtagswahl 1971 erhielt die SPD von den Frauen weniger als vier Zehntel der Stimmen, nämlich 39,4%, und bei der Bundestagswahl 1972 48,9% oder 9,5 Punkte mehr. Die Gewinne der SPD unter den Frauen nehmen mit steigendem Alter ab. Besonders hoch sind sie bei den jüngeren Frauen: 14,4 Punkte. Hier konnte die SPD 63% anstelle von 48,6% der Stimmen verbuchen. Während die Anteile von CDU und SPD in dieser Altersgruppe bei leichter Führung der SPD 1971 noch nahe beieinander lagen, ist 1972 der Anteil der SPD mehr als doppelt so groß. In den beiden Altersgruppen 25 bis 34 Jahre und 35 bis 44 Jahre hat sich die Spitzenstellung der CDU in eine solche der SPD umgewandelt. In diesen Altersgruppen der Frauen erhielt die SPD mehr als die Hälfte der Stimmen. Nur in den beiden ältesten Jahrgangsguppen gaben die Frauen nach wie vor häufiger ihre Stimme der CDU als der SPD.

Bei den Männern sind die SPD-Gewinne nicht ganz so groß wie bei den Frauen. Sie gaben 1972 der SPD 49,7% ihrer Stimmen gegenüber 43,6% bei der Landtagswahl 1971. Das sind 6,1 Punkte mehr. Der Abstand zwischen Männern und Frauen ist damit zwar geschrumpft, die Männer wählen aber wie 1971 häufiger die SPD als die Frauen. In der untersten Altersgruppe der Männer ist der SPD-Anteil um 9,1 Punkte von 51,9 auf 61,0% gestiegen. Die SPD hat also hier ihre Spitzenstellung weiter ausbauen können. In den Altersgruppen bis 59 Jahre überflügelte sie ebenfalls die CDU, die nur noch in der Altersgruppe ab 60 Jahre vorn liegt. Im Jahre 1971 hatte die SPD nur bei den jüngsten Wählern besser abgeschnitten als die CDU.

Die zusammengefaßten Altersgruppen der Männer und Frauen zeigen, daß die Tendenz von 1971 trotz Änderung der Mehrheitsverhältnisse erhalten geblieben ist: Die

Zweitstimmenergebnis der Bundestagswahl 1972
und der Landtagswahl 1971 nach Alter und Geschlecht

Altersgruppe	Von den gültigen Stimmen entfallen auf					
	CDU		SPD		FDP	
	1971	1972	1971	1972	1971	1972
	in %					
	Männer					
18 - 24	39,3	26,7	51,9	61,0	4,9	10,9
25 - 34	47,8	36,4	45,3	52,1	4,0	10,8
35 - 44	46,3	38,2	45,6	51,4	4,0	9,3
45 - 59	49,4	43,7	41,7	45,9	4,2	9,1
60 und älter	52,0	48,1	39,7	44,1	3,4	6,4
Zusammen	48,2	40,2	43,6	49,7	4,0	9,0
	Frauen					
18 - 24	45,4	27,2	48,6	63,0	3,8	9,2
25 - 34	51,7	37,9	42,1	51,3	3,8	10,5
35 - 44	51,4	39,7	42,1	50,7	3,7	9,0
45 - 59	56,0	45,9	37,2	45,8	3,7	7,5
60 und älter	58,0	49,6	36,3	44,4	2,7	5,3
Zusammen	54,3	42,8	39,4	48,9	3,4	7,8
	Männer und Frauen					
18 - 24	42,2	26,9	50,3	62,0	4,4	10,1
25 - 34	49,7	37,1	43,7	51,7	3,9	10,6
35 - 44	48,8	39,0	43,9	51,1	3,9	9,2
45 - 59	53,2	45,0	39,1	45,9	3,9	8,2
60 und älter	55,4	49,0	37,8	44,3	3,0	5,8
Insgesamt	51,5	41,6	41,4	49,2	3,7	8,3

Anteile überstiegen in den Altersgruppen bis 59 Jahre die CDU-Anteile, während dies 1971 nur in der jüngsten Altersgruppe der Fall gewesen ist. In den beiden untersten Altersgruppen sind die Gewinne der SPD überdurchschnittlich.

Die FDP-Gewinne gehen vor allem auf die Männer und dabei besonders auf die jüngeren zurück. Bei der Landtagswahl 1971 machte der Stimmenanteil der FDP bei den Männern 4% aus und 1972 9%. Die FDP war also bei den Männern um 5 Punkte erfolgreicher als 1971. In den beiden jüngsten Altersgruppen der Männer konnte sie sich um 6 und 6,8 Punkte auf 10,9 und 10,8% verbessern. Die Gewinne nehmen mit zunehmendem Alter ab. Die FDP blieb jedoch im Gegensatz zu 1971 in allen Altersgruppen der Männer weit über der 5%-Marke. Bei den Frauen sind ihre Anteile nicht so kräftig gestiegen: 1971 stimmten 3,4% der Wählerinnen für die FDP und 1972 waren es 7,8%. Aber auch hier wurde in allen Altersgruppen die 5%-Marke übersprungen. Auffallend ist es, daß wie bei den Männern die Gewinne in der Altersgruppe 25 bis 34 Jahre herausragen. Dadurch gibt es eine Unterbrechung in dem sonst feststellbaren Trend, daß die Stimmenanteile der FDP mit steigendem Alter fallen.

Walter Dahms

Stimmenanteile der SPD fallen entgegengesetzt zur CDU mit wachsendem Alter. Die SPD-

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten B VII 1 - 4 und 5/72 enthalten

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte".

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

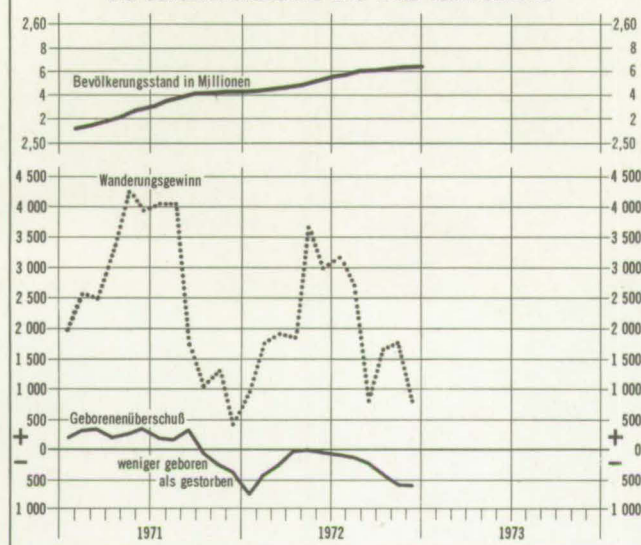
. = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

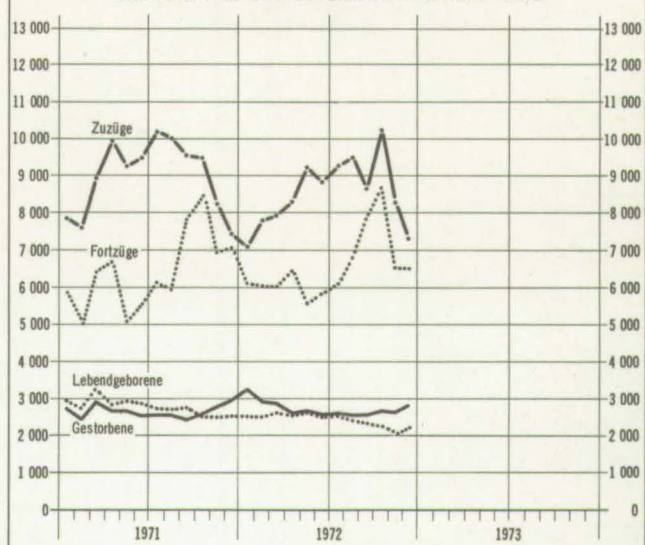
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · A

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil B enthält folgende Darstellungen aus der Industrie: Produktionsindex und Beschäftigte im Maschinenbau, Schiffbau, Bauhauptgewerbe und Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

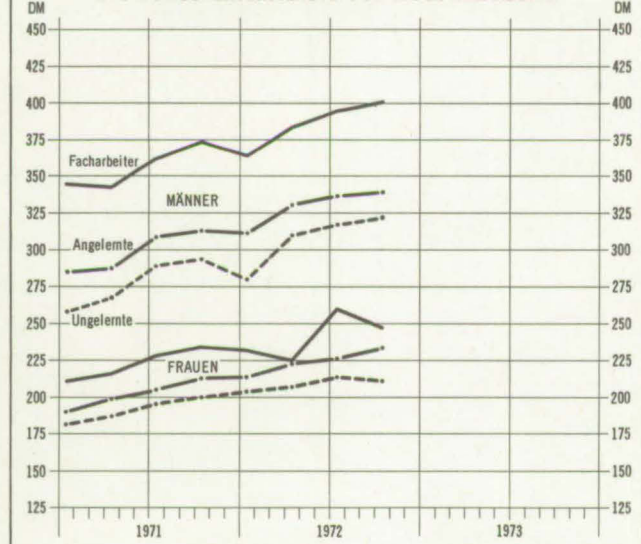
DIE BEVÖLKERUNGSZAHL UND IHRE VERÄNDERUNG



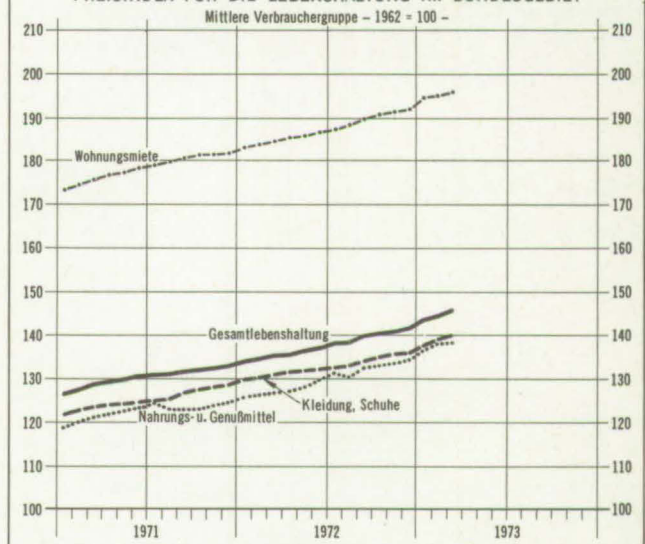
BESTANDTEILE DER BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG



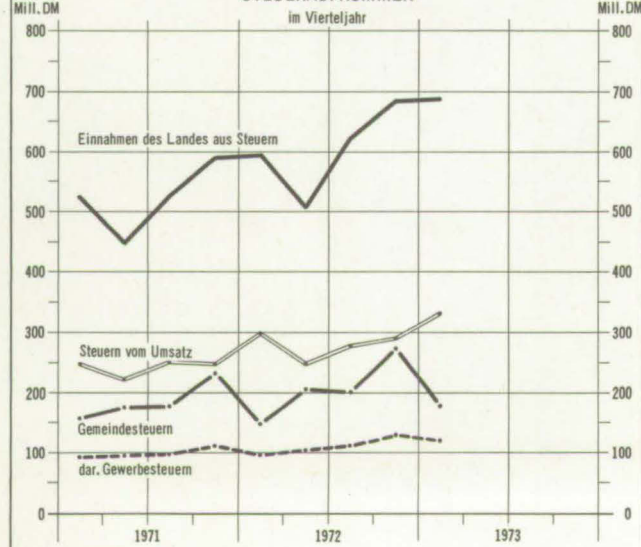
BRUTTOWOCHENVERDIENSTE DER INDUSTRIEARBEITER



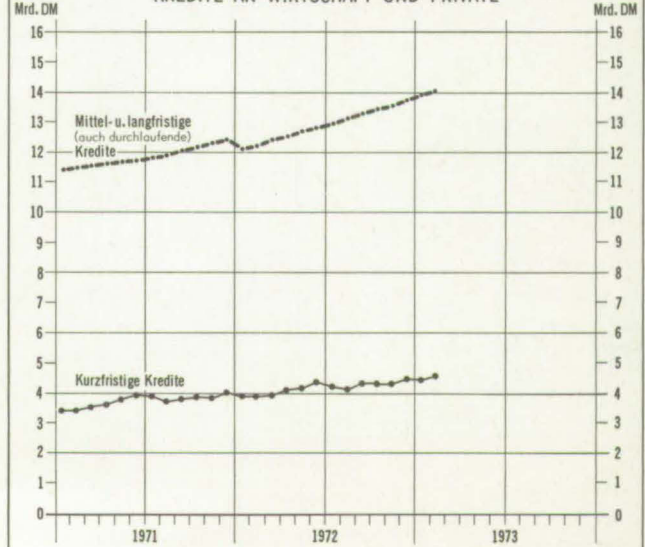
PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG IM BUNDESGEBIET

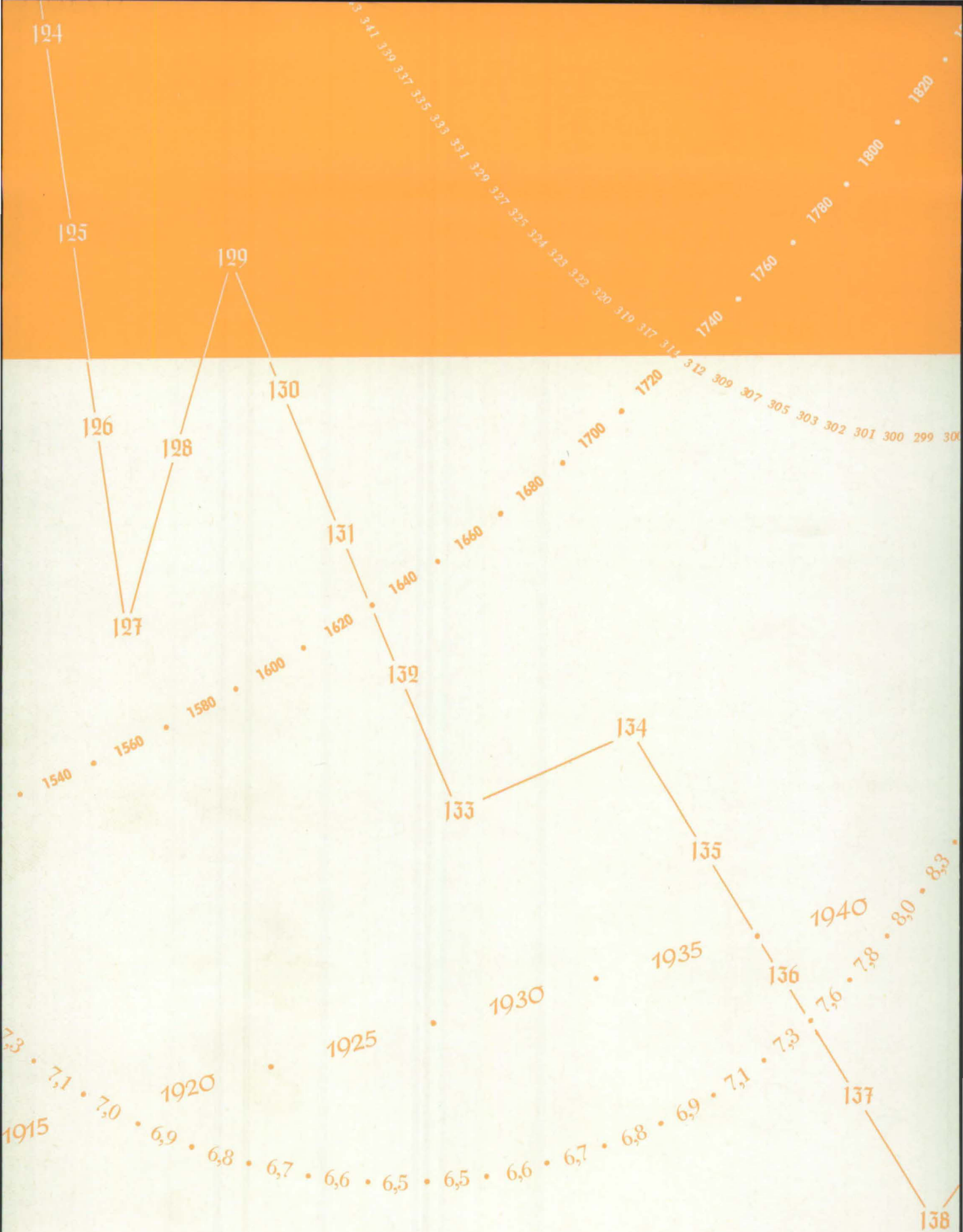


STEUERAUFKOMMEN



KREDITE AN WIRTSCHAFT UND PRIVATE





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Bestellungspreis entfällt, da nur Verlagsstücke: Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen